

Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU)

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

FFU-Report 99-11

Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen. Ein Beitrag zur Globalisierung von Umweltpolitik

Kristine Kern
Helge Jörgens
Martin Jänicke

Dieser Beitrag entstand im Rahmen des aus Mitteln der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen als Aspekt der Globalisierung von Umweltpolitik“.

Forschungsstelle für Umweltpolitik
Innestraße 22
14195 Berlin
Tel.: +49 - (0)30 - 838 66 87
Fax: +49 - (0)30 - 838 66 85
e-mail: ffu@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.fu-berlin.de/ffu>

Zusammenfassung

Thema dieses Beitrags ist die Diffusion umweltpolitischer Innovationen zwischen Nationalstaaten in ihrer Bedeutung für die globale Entwicklung von Umweltpolitik. Dabei geht es um die empirische Beobachtung, daß nationale Umweltinitiativen vielfach mit hoher Geschwindigkeit in anderen Ländern übernommen werden und sich auf diese Weise international ausbreiten. Die (explorativ verstandene) Studie geht davon aus, daß die in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtende Globalisierung von Umweltpolitik nicht nur als Bedeutungszuwachs völkerrechtlicher Verträge und internationaler Umweltregime zu beschreiben ist, sondern ganz wesentlich auch als Ergebnis zwischenstaatlicher Politikdiffusionen zu betrachten ist.

Anhand von Fallstudien zur Diffusion von Umweltministerien und -behörden, Umweltzeichen, nationalen Umweltplänen bzw. Nachhaltigkeitstrategien, CO₂-/Energiesteuern und Bodenschutzgesetzen werden Erfolgsbedingungen und Restriktionen der internationalen Ausbreitung umweltpolitischer Neuerungen untersucht. Zu den zentralen Einflußfaktoren der Politikdiffusion zählen insbesondere der Grad der Institutionalisierung des Politiktransfers durch internationale Organisationen oder transnationale Netzwerke sowie die umweltpolitischen Handlungskapazitäten und politisch-institutionellen Strukturen der potentiellen Übernehmerstaaten. Darüber hinaus wird das Tempo der Diffusion regulativer Neuerungen im Umweltschutz häufig von der Struktur der zugrunde liegenden Umweltprobleme und den konkreten Charakteristika des jeweiligen Politikansatzes beeinflusst. Schließlich verweisen die Fallstudien auf die besondere Rolle „kritischer“, d.h. strategisch wichtiger Länder für die Umweltpolitikdiffusion.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	1
2. DIE INTERNATIONALE DIFFUSION UMWELTPOLITISCHER INNOVATIONEN ALS ASPEKT DER GLOBALISIERUNG VON UMWELTPOLITIK	1
2.1. ZUR GLOBALEN KONVERGENZ UMWELTPOLITISCHER REGELUNGSMUSTER.....	1
2.2. ZUR TRANSNATIONALEN DIFFUSION UMWELTPOLITISCHER INNOVATIONEN	3
2.3. DIE DIFFUSION UMWELTPOLITISCHER INNOVATIONEN IM SPANNUNGSFELD VON NATIONALSTAATLICHER UND INTERNATIONALER UMWELTPOLITIK.....	4
3. VORAUSSETZUNGEN UND FORMEN DER POLITIKDIFFUSION	6
3.1. ZUR DIFFUSION SOZIALER UND POLITISCHER INNOVATIONEN.....	6
3.2. RAHMENBEDINGUNGEN DER POLITIKDIFFUSION.....	8
3.3. POLITIKLERNEN UND POLITIKDIFFUSION.....	13
4. ANWENDUNGSFÄLLE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH.....	15
4.1. EINRICHTUNG NATIONALER UMWELTBEHÖRDEN	15
4.2. EINFÜHRUNG NATIONALER UMWELTZEICHEN	17
4.3. EINFÜHRUNG NATIONALER UMWELTPLÄNE UND NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN	20
4.4. EINFÜHRUNG VON CO ₂ -/ENERGIESTEERN.....	23
4.5. EINFÜHRUNG VON BODENSCHUTZGESETZEN.....	25
5. SCHLUBFOLGERUNGEN.....	26
6. LITERATUR.....	30

1. Einleitung

Umweltpolitische Innovationen, die zunächst nur in einem oder wenigen Vorreiterländern praktiziert werden, breiten sich häufig sehr schnell international aus. Diese Innovationsdiffusion ist ein wichtiges Element des weltweiten Aufbaus nationaler umweltpolitischer Handlungskapazitäten. In diesem Aufsatz wird zunächst ein knapper Überblick über umweltpolitische Diffusionsprozesse gegeben. Daran anschließend werden auf der Basis der vorhandenen – insbesondere am Beispiel der Diffusion politischer Innovationen zwischen amerikanischen Bundesstaaten entwickelten – Literatur mögliche Einflußfaktoren der Diffusion umweltpolitischer Innovationen herausgearbeitet und systematisiert. Für insgesamt fünf umweltpolitische Innovationen werden die jeweiligen Diffusionsmuster dargestellt und analysiert. Im letzten Abschnitt werden vor diesem theoretischen und empirischen Hintergrund erste Schlußfolgerungen für die Analyse internationaler umweltpolitischer Diffusionsprozesse gezogen.

2. Die internationale Diffusion umweltpolitischer Innovationen als Aspekt der Globalisierung von Umweltpolitik

2.1. Zur globalen Konvergenz umweltpolitischer Regelungsmuster

Globalisierung wird gemeinhin als Einschränkung staatlicher Souveränität und nationaler Handlungsmöglichkeiten gesehen (Stichworte ‘Globalisierungsfalle’, ‘*race to the bottom*’ etc.). Die international vergleichende Umweltpolitikanalyse verweist jedoch auf eine Gegen-tendenz, die als Globalisierung der Umweltpolitik (Jänicke 1998) beschrieben werden kann. Gemeint ist eine globale Konvergenz umweltpolitischer Regelungsmuster auf einem relativ hohen Schutzniveau (*‘race to the top’*, vgl. Vogel 1995, 1997b; Zürn 1998a).¹ So zeigen vergleichende Studien eine frappierende Parallelität der Entwicklung umweltpolitischer Handlungskapazitäten in sämtlichen OECD-Ländern und vielfach auch über die Grenzen der westlichen industrialisierten Welt hinaus (Jänicke 1996, Jänicke und Weidner 1997a). Dies trifft auf die Einrichtung spezialisierter umweltpolitischer Institutionen (Jörgens 1996) oder die regelmäßige Publikation von Umweltdaten in nationalen Umweltberichten (Comolet 1990) ebenso zu wie auf die Verabschiedung materieller Regelungen. Seit Ende der sechziger Jahre wurden in allen OECD-Ländern auf der nationalen Ebene eigenständige Umweltressorts eingerichtet, und etwa 80 Prozent aller Industrieländer (einschließlich der Staaten Mittel- und Osteuropas) haben innerhalb des letzten Jahrzehnts einen nationalen Umweltplan oder eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Rund drei Viertel der OECD-Staaten und ein Großteil der MOE-Staaten und Schwellenländer haben seit Ende der fünfziger Jahre Gewässerschutzgesetze erlassen.² Etwa vier Fünftel der OECD-Mitglieder verfügen inzwischen über nationale

1 Zu den Auswirkungen der Globalisierung auf die Umweltpolitik siehe auch OECD (1997d, 1997e, 1998c); Vogel (1997a); Landy und Cass (1997).

2 Vorreiter waren Deutschland (1957), Österreich (1959) und Finnland (1961). Seit Ende der sechziger Jahre kamen Neuseeland (1967), die Niederlande (1969), Japan (1970) und Großbritannien (1972) hinzu. Zu den Nachzüglern gehören Portugal (1990) und Südkorea (1991).

Luftreinhaltegesetze³ und auch der dritte zentrale Umweltschutzbereich, die Abfallpolitik, ist in einem Großteil der Industrieländer inzwischen umfassend reguliert.⁴ Dabei beschränkt sich die globale Konvergenz nationaler Umweltpolitiken jedoch nicht allein auf die erstmalige Schaffung spezifischer Institutionen und Gesetze in diesem vergleichsweise neuen Politikfeld. Auch der Wandel der vorherrschenden Politikmuster von einem sektoral fragmentierten und weitgehend ordnungsrechtlich orientierten Ansatz hin zu einer integrierteren und in steigendem Maße auf „weichere“ Instrumente setzende Umweltpolitik vollzieht sich im globalen Maßstab (Jänicke und Weidner 1997a, 1997c; Jänicke 1998). So haben weltweit seit Ende der achtziger Jahre über 30 Länder ein nationales Umweltzeichen eingeführt. Ökonomische Instrumente wie Umweltabgaben oder eine ökologische Finanzreform gewinnen nicht nur in den westlichen Marktwirtschaften zunehmend an Bedeutung, sondern spielen auch in ehemals sozialistischen Ländern wie Polen, Tschechien oder Rußland – teilweise schon vor der politischen Wende – eine zentrale Rolle (Möller 1999; OECD 1997a). Verhandlungslösungen, insbesondere freiwillige Vereinbarungen mit Verursacherbranchen oder Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, sind insbesondere in den neunziger Jahren in nahezu allen Industrieländern und auch über diese Ländergruppe hinaus zum festen Bestandteil des umweltpolitischen Instrumentariums geworden (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1996; Glasbergen 1998; Ingram 1999). Schließlich ist im Bereich des Umweltrechts eine deutliche Tendenz zur Zusammenführung der zunächst meist medial ausgerichteten Vorschriften in umfassenden Umweltrahmengesetzen zu beobachten. Im Gegensatz zur häufig geäußerten Vermutung einer Angleichung der Umweltpolitik in der Nähe des kleinsten gemeinsamen Nenners, hat sich die umweltpolitische Konvergenz der vergangenen 30 Jahre dabei in der Regel eher am Entwicklungsstand der fortgeschrittensten Länder orientiert.

Die hier nur knapp skizzierte Entwicklung läßt sich dabei weder durch einen in allen Ländern vergleichbaren ökologischen Problemdruck noch durch ähnliche politisch-administrative Systeme, Politikstile und kulturelle Gegebenheiten hinreichend erklären. So unterscheiden sich beispielsweise die spezifischen Umweltprobleme von Staaten wie Neuseeland oder Australien deutlich von denen dicht besiedelter Länder wie etwa den Niederlanden. Noch deutlichere Unterschiede bestehen zwischen den politisch-institutionellen Systemen westlicher Demokratien, der ehemals sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas und südostasiatischer Schwellenländer. Die Parallelität der umweltpolitischen Entwicklung in einer Vielzahl teilweise sehr unterschiedlicher Länder deutet vielmehr auf eine Konvergenz hin, die von spezifischen Problemen und politisch-institutionellen Gegebenheiten zumindest teilweise entkoppelt ist. Getragen wird dieser Prozeß einerseits von zwischenstaatlichen Verhandlungen und völ-

3 Hier war Großbritannien der internationale Vorreiter (1956). Die Nachzüglergruppe umfaßt – ähnlich wie im Gewässerschutz – Portugal (1990), Südkorea (1991), die Tschechische Republik (1992) und Island (1992).

4 Die ersten nationalen Abfallgesetze entstanden in Japan (1970) und Deutschland (1972), und zu den Nachzüglern gehörten Portugal (1985) sowie Österreich (1990).

kerrechtlichen Verträgen, die insbesondere im Bereich grenzüberschreitender oder globaler Umweltprobleme zunehmend an Bedeutung gewinnen. Andererseits ist er aber auch Ergebnis einer zunehmenden Nachahmung innovativer umweltpolitischer Ansätze und Maßnahmen einiger weniger Vorreiterstaaten durch eine Vielzahl von Ländern. Dabei sind diese Nachahmungsprozesse nicht auf den engen Bereich der grenzüberschreitenden Umweltbelastungen beschränkt. Häufig beziehen sie sich auf regional oder national zu lösende Umweltprobleme wie etwa den Gewässer- und Grundwasserschutz oder die Reduzierung des Abfallaufkommens. Darüber hinaus sind auch allgemeine Ansätze der ökologischen Modernisierung wie etwa die zunehmende Integration umweltpolitischer Aspekte in die Entscheidungsfindung umweltrelevanter bzw. verursachernaher Ressorts Gegenstand des zwischenstaatlichen bzw. transnationalen Politiktransfers.

2.2. Zur transnationalen Diffusion umweltpolitischer Innovationen

Während die wachsende Bedeutung internationaler Regime oder völkerrechtlicher Verträge im Umweltschutz bereits Gegenstand eines umfangreichen Forschungszweiges ist⁵, wird die zweite Variante der Globalisierung von Umweltpolitik – der Politiktransfer von Pionieren zu Nachahmern und seine Einflußfaktoren – bisher noch nicht systematisch untersucht (Kern 1997). Dabei geht es primär um die freiwillige Diffusion politischer Innovationen jenseits des „komplexen Weltregierens“ (Zürn, 1998a). Sie geht über das enge Spektrum der nur auf internationaler Ebene zu lösenden globalen Umweltprobleme (z.B. den Schutz der Ozonschicht oder die Kontrolle grenzüberschreitender Abfalltransporte) hinaus und betrifft den gesamten Bereich der Schaffung und Erweiterung nationalstaatlicher Handlungs- und Problemlösungskapazitäten in der Umweltpolitik.

Die hier getroffene Unterscheidung zwischen den Auswirkungen internationaler Umweltregime auf der einen Seite und den Folgen des zwischenstaatlichen Politiktransfers auf der anderen Seite als zwei unterschiedliche Aspekte der Globalisierung von Umweltpolitik ist dabei zunächst einmal eine analytische. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine bisher fast vollständig ignorierte Variante der globalen umweltpolitischen Steuerung, die als „*governance by diffusion*“ beschrieben werden kann (Kern 1998). Darüber hinaus erklärt sie, warum die bereits beschriebene globale umweltpolitische Konvergenz auch und gerade in Politik- und Problembereichen zu beobachten ist, die vorrangig auf der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene angesiedelt sind. Als Grenzbereich zwischen nationalstaatlicher Umweltpolitik und internationalen Umweltschutzabkommen wird die Diffusion umweltpolitischer Innovationen dabei sowohl von den Vorstößen umweltpolitischer Vorreiterstaaten als auch von den koordinierenden – jedoch nicht regulierenden – Aktivitäten internationaler Organisationen oder transnationaler Netzwerke beeinflusst (vgl. Keck und Sicking 1999). Es geht daher bei der Analyse internationaler Diffusionsprozesse zunächst einmal um die vergleichende Betrachtung

5 Siehe z.B. Haas, Keohane und Levy (1993); Biermann (1994); Gehring (1994); Oberthür (1997); Young (1997); Zürn (1998a, 1998b); Ott (1998).

tung nationaler Entwicklungen in der Umweltpolitik.⁶ Gewissermaßen als zweiter zentraler Analyseschritt sollen dann aber zwischenstaatliche Interaktionen sowie Informations- und Koordinationsaktivitäten internationaler Organisationen einbezogen werden. Der Ansatz der international vergleichenden Diffusionsforschung richtet sich somit auf einen Bereich umweltpolitischer Steuerung, der bislang von den vorherrschenden – und weitgehend voneinander isolierten – Forschungsrichtungen der vergleichenden Umweltpolitikanalyse einerseits und der Untersuchung internationaler Umweltregime andererseits nur unzureichend behandelt wurde.⁷

2.3. Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen im Spannungsfeld von national-staatlicher und internationaler Umweltpolitik

Die vergleichende Umweltpolitikanalyse hat in den letzten Jahren verstärkt auf die Bedeutung von Pionierländern im Umweltschutz hingewiesen (Héritier et al. 1994, 1996; Jänicke und Weidner 1997a; Andersen und Liefferink 1997; Liefferink und Andersen 1998). Empirisch zeigt sich, daß eine zunehmende Anzahl von Ländern – von den Niederlanden und Dänemark über Schweden, Deutschland und Kanada bis hin zu Schwellenländern wie Singapur oder Südkorea – in offiziellen Regierungsdokumenten den Anspruch erhebt, internationaler Vorreiter in der Umweltpolitik zu sein (Jänicke 1998: 333f.). Neben dem naheliegenden Motiv der innenpolitischen Profilierung von Regierungen spielen hier auch eine Reihe weiterer ökonomischer und politischer Interessen eine Rolle.

So geht eine rasche internationale Ausbreitung regulativer Innovationen meist auch mit einer Ausweitung der Märkte für die in den Vorreiterstaaten bereits entwickelten Umweltschutztechnologien einher: der „*first mover*“ – d.h. das Land, das im Alleingang schärfere Umweltstandards eingeführt hat und damit den Druck auf die Industrie zur Entwicklung umweltfreundlicherer Produktionsprozesse oder neuer end-of-pipe-Technologien erhöht hat, sichert sich Vorteile in den Märkten für diese Technologien bzw. für umweltfreundliche Produkte (Porter und van der Linde 1995; Wallace 1995: 3f.). Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, daß die weltweit größten Exporteure von Umwelttechnologien – die USA, Deutschland und Japan – zumindest zeitweise auch die fortschrittlichste Umweltpolitik gemacht haben.

Auf derselben Grundannahme – daß regulative Innovationen in Pionierländern häufig zum internationalen Standard avancieren, der wiederum die zurückhaltenderen Staaten in Zug-

6 Zum Stand und zu den Ansätzen in der international vergleichenden Politikanalyse siehe auch Kern und Bratzel (1994, 1996).

7 Auf eine ähnliche „Unzuständigkeit“ der führenden Forschungsansätze stieß Vogel im Rahmen seiner Untersuchung der internationalen Auswirkungen nationaler Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen: „Until recently, students of environmental and consumer regulation paid little attention to the international dimensions of national regulatory policies. Virtually all studies of protective regulations (...) have been either national or comparative in focus. With the exception of the literature on international environmental issues and agreements, there have been few efforts to place the making of national regulatory policies in an international context. (...) These omissions are understandable since it is only relatively recently that the linkages between these formerly distinctive policy areas have become politically salient“ (Vogel 1995: viii).

zwang setzt – basiert die von Héritier u.a. formulierte These eines zunehmenden „regulativen Wettbewerbs“ auf der europäischen Ebene (Héritier u.a. 1994; siehe auch Andersen und Lieferink 1997). Demnach versuchen einzelne Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durch die Übernahme einer Vorreiterrolle im Umweltschutz, die europäische Politikentwicklung entsprechend den Politikmustern und regulativen Traditionen der Vorreiterstaaten mit zu gestalten und auf diese Weise politische und ökonomische Anpassungskosten und –schwierigkeiten an spätere europäische Politikentwicklungen zu minimieren.⁸ Héritier u.a. kommen dabei zu dem Schluß, daß EU-Mitgliedsstaaten offensichtlich mit einer aktiv gestaltenden Vorreiterrolle ihre nationalen Interessen besser vertreten als mit einer abwartenden Haltung oder einer defensiven Blockadepolitik. Die These des regulativen Wettbewerbs scheint nicht nur für den Sonderfall der Europäischen Union zu gelten. Ähnliche Entwicklungen lassen sich insbesondere für die Gruppe der OECD-Länder aber auch darüber hinaus beobachten (Jänicke und Weidner 1997a; Jänicke 1998: 334). So führte der 1992 auf der Ebene der Vereinten Nationen initiierte Rio-Prozeß mit seinen regelmäßigen Folgekonferenzen und Berichtspflichten zu einer politischen Innovationsdynamik, die Wallace (1995: 267) wie folgt beschreibt:

„(T)he political processes generated by the Earth Summit provide a regular forum for those countries which take unilateral action to parade their successes and so pressurize the others. Governments which do this have the freedom to formulate policies and processes which encourage flexible and innovative responses from industry. Those who wait too long may be overtaken by international pressure for action, risking rapid, disruptive policy changes and losing the opportunity gradually to develop the dialogue mechanisms which can limit the pain of the transition to sustainability”.

Angesichts der zunehmenden Globalisierung der Umweltpolitik müssen Nationalstaaten daher schon frühzeitig versuchen, die Dynamik potentieller Diffusionsprozesse abzuschätzen. Die Gefahr, internationale Entwicklungen zu verpassen, kann mit hohen politischen (und möglicherweise wirtschaftlichen) Anpassungskosten verbunden sein. So hat etwa die deutsche Bundesregierung die Bedeutung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung und die damit verbundene Politikdynamik erst relativ spät erkannt. Die Dynamisierung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung seit der Rio-Konferenz stellt die Bundesregierung nun vor Anpassungsprobleme (Beuermann und Burdick 1997). Noch deutlicher wird dies im Umweltrecht: In seinem 1998er Gutachten bilanziert der deutsche Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, daß die "europäischen Umweltrichtlinien der letzten Jahre (...) zunehmend Gestaltungsprinzipien [enthalten], die der deutschen Umweltschutzpraxis fremd sind, aber dennoch integriert werden müssen" (SRU 1998: 163). Als Beispiele werden vor allem die Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung (1985), zur Umweltinformation (1990) sowie die Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie

8 In der Literatur wird das Konzept des „regulativen Wettbewerbs“ häufig in einem anderen Zusammenhang als „Reaktion der nationalen Politik auf den internationalen Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren und mobile Steuerquellen“ (Scharpf 1998: 121 f., FN 1) definiert (siehe auch Kern 1999: 285).

von 1996) genannt. Schließlich würde auch der Kommissionsentwurf einer europäischen Wasserrahmenrichtlinie von 1997, der weitgehend einem französisch-britischen Organisationsmodell folgt, Deutschland vor große Anpassungsprobleme stellen (Demmke 1999).

Die durch eine zunehmende globale Konvergenz umweltpolitischer Steuerungsmuster verursachten Anpassungskosten für Nachzüglerstaaten werden am Beispiel der Europäischen Union, wo nationale Alleingänge häufig zu einer Fortentwicklung des Gemeinschaftsrechts führen und somit für alle Mitgliedstaaten Geltung erlangen, besonders deutlich. Es ist jedoch anzunehmen, daß ein solcher Anpassungsdruck auch über die Grenzen der Europäischen Union hinaus von Bedeutung ist.

So versuchen auf der internationalen Ebene Organisationen wie z.B. die OECD zunehmend die Diffusion innovativer Ansätze der Umweltpolitik durch die Dokumentation und breite Veröffentlichung von nationaler *best practice* voranzutreiben. Diese Informationstätigkeit richtet sich explizit auf solche Umweltprobleme, die vorrangig auf nationaler Ebene gelöst werden müssen. Beispiele hierfür finden sich etwa im Bereich nationaler Abfallminimierungsstrategien (OECD 1998d), der abfallwirtschaftlichen Produktverantwortung (OECD 1998e) oder einer Ökologisierung der öffentlichen Beschaffungspolitik. Darüber hinaus hat die OECD seit Beginn der achtziger Jahre Umweltpfprüfberichte (*Environmental Performance Reviews*) für nahezu alle Mitgliedsstaaten veröffentlicht, die eine umfassende Bewertung der nationalen Umweltpolitik vornehmen. Diese Berichte, die explizit auf Defizite wie etwa die unzulängliche Regulierung wichtiger Umweltschutzbereiche oder das Fehlen einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Jänicke u.a. 2000: 222) hinweisen, werden von politischen Akteuren erstaunlich ernst genommen. So hat in Neuseeland alleine die Ankündigung eines Umweltpfprüfberichts dazu geführt, daß die Regierung im Vorfeld der Studie eine Reihe zuvor blockierter Umweltgesetze und Verordnungen verabschiedet hat (Bührs 1997). Neben der OECD existiert eine Reihe weiterer internationaler Organisationen, transnationaler Expertennetzwerke oder weltweit agierender Umweltverbände, die in ähnlicher Weise zur globalen Diffusion umweltpolitischer *best practice* beitragen. Auf sie wird weiter unten noch einmal ausführlich eingegangen.

3. Voraussetzungen und Formen der Politikdiffusion

3.1. Zur Diffusion sozialer und politischer Innovationen

Während Politikdiffusion in der vergleichenden Umweltpolitikanalyse ein neues Thema ist, hat die Diffusionsforschung eine lange Tradition. Die ersten Ansätze entstanden bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frankreich, wo sich Gabriel Tarde die Frage stellte, warum bestimmte Innovationen imitiert wurden, andere jedoch binnen kürzester Zeit wieder in Vergessenheit gerieten (Rogers 1995: 39 ff.). In einzelnen Sozialwissenschaften entwickelte sich die Diffusionsforschung schon vor mehreren Dekaden zu einer etablierten Forschungsrichtung.

tung⁹, so z.B. in der Soziologie, der Geographie¹⁰, der Kommunikationswissenschaft und dem Marketing (Kern 1997: 273). Die bekanntesten Studien stammen aus soziologischen Teildisziplinen: Bereits in den vierziger Jahren untersuchten Ryan und Gross (1943) die Verbreitung der Verwendung von hybridem Saatkorn unter den Landwirten zweier Dörfer Iowas. Eine weitere, häufig zitierte Untersuchung von Coleman, Katz und Menzel aus den fünfziger Jahren ist der Medizinsoziologie zuzurechnen (siehe z.B. Coleman, Katz und Menzel 1966). Forschungsgegenstand war die Diffusion eines neuen Antibiotikums (*tetracycline*). Anwendung fand die Diffusionsforschung daneben vor allem im Marketing und in den Kommunikationswissenschaften. Im Marketing geht es nicht nur um kommerzielles, sondern auch um Sozialmarketing; neben der Verbreitung neuer Kühlschränke oder Fernseher ist es dabei von Interesse, wie z.B. Energiesparverhalten, Maßnahmen der Schwangerschaftsverhütung oder der AIDS-Prävention diffundieren (Mahajan, Muller und Bass 1991). In den Kommunikationswissenschaften wird vor allem die extrem schnelle Diffusion von Informationen über spektakuläre Ereignisse analysiert (z.B. der Schlaganfall Eisenhowers, die Ermordung Kennedys oder das Challenger-Unglück) (Rogers 1995).

Bei den ersten politikwissenschaftlichen Diffusionsstudien handelte es sich vor allem um Arbeiten, die den Vergleich der amerikanischen Einzelstaaten zum Gegenstand hatten (Walker 1969; Gray 1973).¹¹ Sowohl die theoretisch-konzeptionelle Basis (z.B. Gray 1994) als auch das methodische Instrumentarium (Berry und Berry 1990, 1992) ist in diesem Teilbereich wohl am weitesten entwickelt.¹² In der international vergleichenden Politikwissenschaft wurde in den letzten Jahren ebenfalls (wieder) begonnen¹³, das Phänomen der Politikdiffusion systematisch zu bearbeiten. Dabei werden vielfältige Begriffe benutzt: Die Rede ist von *lesson-drawing* (Rose 1991, 1993), Politiktransfer (Dolowitz und Marsh 1996, Peters 1997), *policy borrowing* (Robertson und Waltman 1992), Emulation (Hoberg 1991) und Politikkonvergenz (Bennett 1988, 1991, 1997).¹⁴ Darüber hinaus bestehen Überschneidungen mit der Bedeutungsanalyse politischer Ideen – etwa bei der Untersuchung der Ausbreitung keynesiani-

9 Ein umfassender Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschung zur Innovationsdiffusion findet sich bei Rogers (1995).

10 Siehe hierzu vor allem die Arbeiten von Lutz (1986, 1987, 1989, 1997), die im Grenzbereich zwischen Geographie und Politikwissenschaft angesiedelt sind.

11 Siehe ferner Savage (1978, 1985); Poel (1976); Menzel und Feller (1977); zur aktuellen Entwicklung siehe Soule und Zylan (1997); Mintrom (1997a; 1997b); Mintrom und Vergari (1998); Grattet und Jenness (1998).

12 Ein Überblick über diese Forschungsrichtung findet sich in Kern (1999).

13 Ganz neu ist das Thema Politikdiffusion in der vergleichenden Politikanalyse freilich nicht; siehe hierzu vor allem die frühen Arbeiten zur vergleichenden Sozialpolitikforschung; z.B. Taira und Kilby (1969), Hecló (1974), Collier und Messick (1975), Kuhnle (1981), Alber (1981), Wilenski u.a. (1985). Häufig wurde hierbei ein historischer Zugang zu der Fragestellung gewählt.

14 Siehe hierzu auch die thematisch verwandten Analysen zur Konvergenz zwischen Ost und West (z.B. Pryor 1968). Während sich die Konvergenzthese auf die internen Faktoren konzentriert, stehen bei den Diffusionsansätzen die externen Einflußfaktoren im Mittelpunkt; zur Gegenüberstellung von Konvergenztheorie und Diffusionsprozessen siehe Wilenski u.a. (1985: 9 ff.).

scher Wirtschaftspolitik in Industrieländern (Hall 1989) und der Analyse von Politiklernen und Politikwandel (Sabatier 1993; Sabatier und Jenkins-Smith 1993, Bennett und Howlett 1992). Meist sind diese Studien jedoch auf eine einzelne Politikinnovation (z.B. das Konzept des *New Public Management* bei Peters 1997) oder auf eine geringe Zahl von Ländern (USA und Kanada bei Hoberg 1991; Großbritannien und USA bei Wolman 1992) begrenzt.¹⁵

Solche Ansätze können für die Umweltpolitikanalyse fruchtbar gemacht werden. Dies um so mehr, als umweltpolitische Neuerungen sich oft besonders rasch verbreiten. Während der Parlamentarismus seit der Bill of Rights (1688) mehrere Jahrhunderte benötigte, um sich international auszubreiten, und auch der Sozialstaat etwa 100 Jahre dafür brauchte, ist die Umweltpolitik innerhalb von drei Jahrzehnten in der großen Mehrheit der Nationalstaaten etabliert worden.

3.2. Rahmenbedingungen der Politikdiffusion

Entscheidend dafür, welche Länder (*wer*) welche Politikinnovationen (*was*) zu welchem Zeitpunkt (*wann*) übernehmen, sind vor allem drei Faktoren: Erstens sind auf der Ebene der Nationalstaaten die jeweiligen Handlungskapazitäten und administrativen Traditionen relevant. Zweitens hat die vertikale Integration des internationalen Systems durch die zunehmende Institutionenbildung auf der internationalen Ebene Auswirkungen auf den Diffusionsverlauf. Drittens sind „gruppensdynamische“ Prozesse von Bedeutung, die die Diffusionsschwelle, d.h. den Zeitpunkt der Übernahme einzelner Länder, sowie die ‘kritische Masse’ determinieren, die erforderlich ist, damit ein eigendynamischer Prozeß in Gang gesetzt wird. Darüber hinaus wird die Diffusion von der Struktur der unterliegenden Umweltprobleme und von den Charakteristika der entsprechenden umweltpolitischen Innovationen beeinflusst. Da Politikdiffusion nicht nur im internationalen System zu beobachten ist, sondern auch in anderen Mehrebenensystemen¹⁶, wie z.B. in den USA oder der Europäischen Union, auftritt, wird im folgenden auf einige analytische Kategorien und empirische Beispiele eingegangen, die sich insbesondere auf den bisher am weitesten untersuchten Fall der USA beziehen (Kern 1997, 1999).

Nationale Handlungskapazitäten und administrative Traditionen

Von grundlegender Bedeutung für die Entstehung und Verbreitung neuer Politikansätze im internationalen System sind nationalstaatliche Handlungskapazitäten und administrative Tra-

15 Siehe ferner Gitelman (1972); Collier und Messick (1975), Leichter (1983); Klein (1987); Starr (1991); Pix und Pohl (1992); McAdam und Rucht (1993); Kriesi u.a. (1995); Lake und Rothchild (1998) sowie Senti (1998); ergänzend kann auf erste Ansätze einer entsprechenden Diskussion auf der Ebene der Europäischen Union zurückgegriffen werden; vgl. Liefnerink und Andersen (1997).

16 Der Begriff des Mehrebenensystems spielte bislang vornehmlich bei der Analyse der Europäischen Union eine Rolle (vgl. König, Rieger und Schmitt 1996). Scharpf beschäftigte sich mit der europäischen Mehrebenenpolitik (Scharpf 1993, 1994, 1996), und bei Marks, Hooghe und Blank (1995) ist im Zusammenhang mit der europäischen Integration von *multi-level governance* die Rede. Benz (1991, 1995a, 1995b, 1998), bei dem verbundene Entscheidungsarenen im Mittelpunkt stehen, spricht von Mehrebenen-Verflechtung, Mehrebenen-Strukturen und Mehrebenen-Prozessen.

ditionen (Jänicke und Weidner 1997a).¹⁷ Sie wirken gewissermaßen als Filter für die Übernahme von in anderen Ländern entwickelten umweltpolitischen Innovationen. So stellt Rose (1993: 125) im Hinblick auf die zwischenstaatliche Übertragbarkeit politischer Programme fest: „A necessary first step in lesson-drawing is to see whether a government wanting to adopt a program has the institutional capacity to do so“. Auch Dolowitz und Marsh (1996: 353 f.) betonen die Rolle politischer, ökonomischer und administrativer Ressourcen für die internationale Politikdiffusion. Sie argumentieren, daß bereits existierende nationale Politikmuster der Übernahme von Neuerungen Grenzen setzen. Diese Filterwirkung nationaler administrativer Traditionen wird insbesondere am Beispiel der Politikentwicklung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union deutlich. In einer Studie zur Harmonisierung der Umweltpolitik von EU-Staaten formulieren Knill und Lenschow die These, daß das Ausmaß des von Mitgliedsstaaten wahrgenommenen Anpassungsdrucks auf bestehende nationale administrative Arrangements ausschlaggebend ist für das Ausmaß der Umsetzung europäischer Programme und Rechtsakte: je stärker eine Maßnahme mit nationalen administrativen Traditionen kontrastiert, desto weniger wahrscheinlich ist eine wirksame Umsetzung (Knill 1997; Knill und Lenschow 1997). Schließlich stellt auch die technologische Kapazität von Ländern eine zentrale Bedingung insbesondere für den Transfer technologieintensiver Politiken dar (Dolowitz und Marsh 1996: 354; Hoberg 1991).

Insgesamt kann somit vermutet werden, daß das durch eine regulative Neuerung induzierte Ausmaß des Politikwandels für seine Diffusionsgeschwindigkeit von entscheidender Bedeutung ist. So werden Programme, deren Übernahme lediglich zu inkrementalistischen Veränderungen bestehender politisch-institutioneller Strukturen führt, eher übernommen als solche, die umfassende Neustrukturierungen implizieren (Rose 1993: 135 f.).

Vertikale Integration durch Institutionenbildung

Neben den nationalen Handlungskapazitäten ist der Grad der vertikalen Integration des internationalen Systems für die Form und den Verlauf der Politikdiffusion entscheidend (Kern 1999: 167). Wesentlich ist hierfür der strukturelle Wandel des Systems, insbesondere die Entstehung von Institutionen auf der internationalen Politikebene, die als Koordinations- und Diffusionsinstitutionen fungieren und den Politiktransfer unterstützen. Da die vertikale Integration des amerikanischen Mehrebenensystems bereits weit fortgeschritten ist, jedoch ganz ähnliche Funktionsmechanismen wie das internationale System aufweist, erscheint ein Vergleich mit diesem politischen System sinnvoll.

Die Institutionalisierung der Selbstkoordination der amerikanischen Einzelstaaten hat im Verlauf der letzten Dekaden stark zugenommen; getragen wird sie vor allem vom *Council of State Governments* (CSG), der *National Conference of State Legislatures* (NCSL) sowie der

17 Zur Bedeutung umweltpolitischer Handlungskapazitäten vgl. auch von Prittwitz (1993, 1994).

National Governors' Association (NGA).¹⁸ Obwohl eine Vorläuferorganisation der NGA bereits 1908 existierte und das CSG 1933 gegründet wurde, darf nicht übersehen werden, daß die Handlungskapazitäten dieser Organisationen vor allem in den siebziger Jahren stark ausgebaut wurden.

Eine ganz ähnliche Funktion im internationalen System erfüllen die Vereinten Nationen, die Weltbank und die OECD, aber auch spezifische umweltpolitische Institutionen wie etwa das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die *International Union for the Conservation of Nature* (IUCN), das *Global Ecolabeling Network* oder das *International Network of Green Planners*. Insgesamt ist die Anzahl der intergouvernementalen Umweltorganisationen seit 1945 ständig gestiegen.¹⁹ Zu den Haupttätigkeiten solcher Organisationen gehört es, umweltpolitische Innovationen oder *best practice* in Vorreiterländern zu beschreiben, zu analysieren und in einer Vielzahl von Publikationen und internationalen Konferenzen nationalen Regierungen zugänglich zu machen. Explizites Ziel dieser Informationstätigkeit ist es, die internationale Diffusion umweltpolitischer Innovationen zu fördern und die nationalen Umweltschutzmaßnahmen und Strategien auf einem hohen Niveau zu harmonisieren.²⁰ Beispiele hierfür sind die Publikationen der OECD zur ökologischen Steuerreform (OECD 1995a, 1997a), zum Einsatz ökonomischer Instrumente im Umweltschutz (OECD 1997b), zur Anwendung nationaler Umweltzeichen (OECD 1997c), zum Konzept der Öko-Effizienz (OECD 1998a), zur Umweltplanung (OECD 1995b) oder zur Förderung nachhaltiger Konsummuster (OECD 1998b).²¹ Die Weltbank hat – neben einer Vielzahl spezifischer Berichte – die wichtigsten nationalen Innovationen für die Politik der Nachhaltigkeit in ihrem umfassenden Bericht "Five Years after Rio. Innovations in Environmental Policy" zusammengestellt (Weltbank 1997). Darüber hinaus fordert und fördert die Weltbank die Entwicklung nationaler Umweltaktionspläne in einer großen Zahl von Entwicklungsländern (vgl. Schemmel 1998). Und die Vereinten Nationen, insbesondere die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (*Commission on Sustainable Development* – CSD), veröffentlichen Statusberichte zur natio-

18 Zur Entstehungsgeschichte und Entwicklung dieser Organisationen siehe Annaheim (1992: 100 ff.); Beyle (1996: 96 ff.) und Gona (1994).

19 Die Anzahl ist von 1945, als es nur eine einzige intergouvernementale Umweltorganisation gab, bis 1990 auf 113 Organisationen gestiegen. Erfasst werden dabei allerdings alle Organisationen, unabhängig davon, ob sie zum Schutz oder zur besseren Nutzung der natürlichen Ressourcen eingerichtet wurden (Frank 1997: 424).

20 So führt das *Global Ecolabeling Network* (ein internationaler Dachverband nationaler Umweltzeichen) in seinen Statuten die „weltweite Diffusion von Umweltzeichen“ an prominenter Stelle. Das *General Consultative Forum on the Environment* der Europäischen Union setzt auf die Verbreitung von *best practice* im Bereich neuerer umweltpolitischer Instrumente, um ein höheres Niveau des Umweltschutzes in den EU-Mitgliedsstaaten zu erreichen (European Commission 1997: 36).

21 Richard Rose beschreibt die OECD als ein „prime example of an ‘idea-mongering’ international institution“: „It does not have the authority to issue laws and regulations that member countries must obey. Nor does it disburse large sums of money to encourage new programs in member states. It does, however, regularly compile statistical information about economic and social conditions in twenty-four advanced industrial nations“ (Rose 1993: 68 f.).

nenalen Umsetzung sämtlicher in der Agenda 21 aufgeführten Politikziele, zuletzt zur Sonder-sitzung der UN-Vollversammlung zum Rio-Prozeß 1997.

Politikdiffusion kann von staatlichen wie gesellschaftlichen Akteuren getragen werden (Kern 1998: 8 ff., 1999: 260). Neben internationalen Institutionen wie der OECD oder den Vereinten Nationen können somit auch weltweit agierende Interessenverbände (z.B. Greenpeace oder der WWF) als Koordinations- und Diffusionsinstitutionen fungieren. Dies kann sowohl durch ihre Aktivitäten auf der übergeordneten Ebene²² als auch durch die strategische Wahl und den Wechsel zwischen nationalen und internationalen Politik- und Entscheidungsarenen erfolgen. Berufs- und Interessenverbände haben dabei sowohl auf der zentralstaatlichen Ebene im föderalistischen System der USA als auch auf der internationalen Ebene in diesem Jahrhundert deutlich an Bedeutung gewonnen. In den USA machte der Non-Profit-Sektor in den ersten Dekaden des zwanzigsten Jahrhunderts den Anfang, gefolgt von den Wirtschaftsverbänden nach dem zweiten Weltkrieg sowie den Bürgerrechts-, Verbraucher- und Umweltverbänden in den sechziger und siebziger Jahren (Baumgartner und Jones 1993: 177; Walker 1983). Bemerkenswert ist die Entwicklung der amerikanischen Umweltbewegung: Während es 1961 lediglich 119 Umwelt- und Naturschutzorganisationen gab, existierten 1990 mehr als dreimal so viele, nämlich 396. Dabei fallen die meisten Neugründungen in die sechziger (100) und siebziger (171) Jahre (Baumgartner und Jones 1993: 186 f.).²³

Auch auf der internationalen Ebene hat die Anzahl und Bedeutung der länderübergreifend agierenden Umweltverbände stark zugenommen. Die beiden größten internationalen Umweltschutzverbände, Greenpeace International und der WWF, verfügen heute über ein erheblich größeren Budget als das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP).²⁴ Neben diesen sowohl international als auch in vielen Nationalstaaten organisierten Einzelverbänden können auch Verbandsnetzwerke wie das Europäische Umweltbüro (EEB), das eine große Zahl europäischer Umweltverbände auf EU-Ebene repräsentiert,²⁵ zur Diffusion umweltpolitischer Innovationen beitragen.

Diffusionsschwelle, 'kritische Masse' und Eigendynamik der Politikdiffusion

Übernahmeentscheidungen hängen nicht allein von den nationalen Handlungskapazitäten und dem Grad der Institutionalisierung des Politiktransfers ab, sondern auch davon, welche Entscheidungen in anderen (vergleichbaren) Staaten getroffen werden. Da viele Staaten eine um-

22 Dabei kann es sich beispielsweise um die Einrichtung spezifischer Kommissionen, regelmäßige Publikationen oder die Durchführung von Konferenzen handeln.

23 So z.B. die Schaffung der folgenden Organisationen: *Environmental Defense Fund* (1967), *Friends of the Earth* (1969), *Natural Resources Defense Council* (1970) und *League of Conservation Voters* (1972) (COSTAIN und LESTER 1995: 30).

24 1992 lagen die Budgets von Greenpeace International und dem WWF bei etwa 100 bzw. 200 Millionen Dollar, während UNEP nur etwa 75 Millionen Dollar zur Verfügung standen (WAPNER 1995: 315).

25 Das EEB vertritt nach eigenen Angaben 130 Nichtregierungsorganisationen aus 24 Ländern mit insgesamt mehr als 11 Millionen Mitgliedern (vgl. <http://www.greenchannel.com/eeb>).

weltpolitische Vorreiterrolle anstreben oder zumindest nicht zu den Nachzüglern gehören wollen, kommt es zu eigendynamischen Prozessen, die Diffusion begünstigen. Relevant für den Zeitpunkt der Übernahme ist zunächst einmal die Diffusionsschwelle (*threshold*), die darüber entscheidet, ob und wann eine Initiative übernommen wird (Granovetter 1978; Valente 1995: 64). Entsprechende Modelle basieren auf allgemeinen Überlegungen zum kollektiven Handeln (z.B. zur Teilnahme an Aufständen, Streiks und Boykottmaßnahmen etc.), die von der Annahme ausgehen, daß sich Individuen hinsichtlich ihrer individuellen Handlungsschwelle unterscheiden.²⁶ Dabei ist für die Übernahme von Innovationen nicht die Verbreitung innerhalb des gesamten sozialen Systems maßgeblich, sondern die Anzahl der Übernehmer im (regionalen) Kommunikationsnetzwerk. Mit der Zunahme der Anzahl der Nachbarn, die eine Politikinnovation bereits übernommen haben, steigt der Anreiz, es ihnen gleichzutun, will man nicht als Nachzügler gelten (Kern 1998: 10).

Bezieht man die 'Exposition' der Länder nicht auf das gesamte System, sondern auf die bestehenden Kommunikationsnetzwerke, in die die Nationalstaaten eingebunden sind, wird deutlich, daß sich die Schaffung von Koordinations- und Diffusionsinstitutionen auf der internationalen Ebene unmittelbar auf das Diffusionsmuster auswirken muß. Die meisten regional begrenzten Kommunikationsnetzwerke bleiben zwar erhalten, werden jedoch durch ein globales Kommunikationsnetzwerk ergänzt und überlagert. Da die so verbreiteten Informationen nun als Referenzpunkt der Übernahmeentscheidungen dienen, führt die Institutionalisierung des Politiktransfers zum Wandel des Diffusionsmusters, aber auch zur Angleichung der Politikansätze (globales Politiklernen). Von einer globalen Politikarena – als Bühne für nationales Pionierverhalten – kann spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gesprochen werden.

Die Überlegungen zur 'individuellen' Diffusionsschwelle, die auf der Mikroebene ansetzen, können durch das Konzept der kritischen Masse ergänzt werden, das die Diffusion innerhalb des gesamten Systems berücksichtigt. Unter der kritischen Masse ist die Anzahl der Länder zu verstehen, die sich einer Initiative anschließen müssen, bis sich ein eigendynamischer Prozeß entwickelt, dem sich die restlichen Länder kaum mehr entziehen können.²⁷ Ob und wann sich eine Initiative durchsetzt, hängt primär davon ab, welche Länder die Initiative ergreifen oder bereits frühzeitig übernehmen. Den Ausschlag geben dabei vor allem die großen, bevölkerungsreichen und ökonomisch führenden Nationen ('kritische Länder'). Ist der Widerstand dort zu groß, ist es weniger wahrscheinlich, daß sich eine Politikinnovation flächendeckend durchsetzt. Die Vorreiterschaft kleiner Länder ist vor diesem Hintergrund skeptisch zu beurteilen: Ob sich dänische oder niederländische Initiativen letztlich durchsetzen, also weltweit auf Resonanz stoßen, entscheidet sich keineswegs dort, sondern in den führenden Industrienationen wie den USA, Japan oder der Bundesrepublik. Zwar können die Initiativen kleiner

26 Beispielsweise wird sich der eine Arbeiter einem Streik anschließen, obwohl erst 10 Prozent der Kollegen streiken, ein anderer aber erst, wenn bereits 90 Prozent der Belegschaft die Arbeit niedergelegt haben.

27 Allgemein formuliert versteht man unter der kritischen Masse "a system-level measure of the minimum number of participants needed to sustain a diffusion process" (Valente 1995: 79).

Länder – wie das Beispiel der ökologischen Steuerreform (vgl. *Abschnitt 4.4*) zeigt – mittel- bis langfristige Lernprozesse auf der nationalen und internationalen Ebene in Gang setzen, rapide Diffusion ist allerdings nicht zu erwarten.

3.3. Politiklernen und Politikdiffusion

Politikdiffusion beschränkt sich meist nicht auf die reine Imitation, sondern kann vielfältige Formen annehmen, d.h. im allgemeinen kann nicht davon ausgegangen werden, daß Diffusion keine inhaltlichen Veränderungen mit sich bringt.²⁸ Dies illustriert Peters in einer Studie zur internationalen Ausbreitung administrativer Reformkonzepte. Die Studie zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich der konkreten nationalen Ausprägungen nationaler Verwaltungsreformen auf und stellt insgesamt nicht weniger als 13 deutlich voneinander abgrenzbare Varianten der Verwaltungsmodernisierung fest (Peters 1997: 1).

Auch im Umweltbereich sind große Unterschiede zwischen der jeweiligen nationalen Ausgestaltung von Politikinnovationen festzustellen: der Nationale Umweltpolitikplan der Niederlande etwa ist hinsichtlich Qualität und Konkretisierungsgrad seiner Ziele und dem Ausmaß der mit seiner Erstellung verbundenen Politikintegration kaum mit den eher vagen Nachhaltigkeitsstrategien Österreichs oder der Schweiz vergleichbar (Jänicke und Jörgens 1998, vgl. *Abschnitt 4.3*); die in einer Vielzahl von europäischen Ländern existierenden nationalen Umweltsachverständigenräte weisen beträchtliche Unterschiede im Hinblick auf ihre Zusammensetzung, ihre finanzielle und personelle Ausstattung und ihr Aufgabenspektrum auf (Rehbindecker u.a. 1999); und selbst bei einem wenig komplexen Politikinstrument wie einem nationalen Umweltzeichen bestehen deutliche Unterschiede bei den Vergabekriterien, der Produktauswahl oder der Finanzierung (Landmann 1998, vgl. *Abschnitt 4.2*).

Im Hinblick auf die Übernahmeentscheidung individueller Staaten – die ‚Nachfrageseite‘ der Politikdiffusion – können zunächst einmal mehrere Typen der Politikdiffusion unterschieden werden: Bei der (1) Imitation und Emulation werden Politikinnovationen (nahezu) unverändert übernommen bzw. lediglich an den jeweiligen Kontext angepaßt; (2) Synthese bedeutet, daß verschiedene Lösungsansätze kombiniert werden; und bei (3) bloßer Inspiration entsteht ein qualitativ neues Programm, dessen Entwicklung jedoch durch die allgemeine Diskussion stimuliert wurde (vgl. Rose 1993: 30 ff.; Dolowitz und Marsh 1996: 351).²⁹ Prinzipiell reicht das Spektrum also vom bloßen Abschreiben eines Gesetzestextes bis zur Diffusion von Ideen, die freilich empirisch viel schwerer zu erfassen ist. Zwar können sich selbst bei der bloßen Übernahme von Politiken Sprachbarrieren als unüberwindliches Hindernis erweisen; die Anforderungen, die bei der Synthese oder gar der Inspiration an ein Land gestellt werden, sind aber ungleich höher.

28 March (1997: 695) spricht in diesem Zusammenhang von ‚reproduktiver Reliabilität‘ und definiert diese als „the idea that an object of diffusion is reproduced precisely when it spreads from one place to another“.

29 Rose (1993: 30) unterscheidet insgesamt fünf Formen des Politiktransfers: *copying*, *adaptation*, *making a hybrid*, *synthesis* und *inspiration*.

Solche Unterschiede stellen aber kein stichhaltiges Argument gegen die generelle Bedeutung des Politiktransfers für die globale umweltpolitische Steuerung dar. Zunächst einmal weist auch die Umsetzung internationaler Abkommen oder europäischer Richtlinien eine breite Varianz zwischen einzelnen Staaten auf.³⁰ Außerdem kann auf empirische Untersuchungen verwiesen werden, die zeigen, daß stark umstrittene Politikinnovationen, falls sie überhaupt übernommen werden, meist nur geringfügig verändert werden, da weitergehende Ansätze nicht durchsetzbar sind (Hays 1996). Tendenziell konvergieren Politiken aber sogar dann, wenn das Konfliktpotential relativ gering ist. Zwar werden neue Programme im internationalen Diffusionsverlauf immer komplexer. Werden die späteren Gesetzesnovellierungen der Innovateure und der frühen Übernehmer jedoch einbezogen, weisen die Politikansätze im Ergebnis meist nur noch geringfügige Abweichungen auf (vgl. Glick und Hays 1991).

Schließlich führt die Institutionalisierung des Politiktransfers zu einer Angleichung der Politikmuster. Hierbei ist es hilfreich, Politikdiffusion als eine Form des Politiklernens aufzufassen. Sieht man vom 'Politiklernen in der Zeit', d.h. dem Lernen aus eigenen Erfahrungen, das für die Entstehung von Politikinnovationen relevant ist,³¹ einmal ab,³² geht es beim 'Lernen im Raum' um die verschiedenen Formen der Politikdiffusion. Hier sind vor allem zwei Formen von Bedeutung: das Politiklernen vom Vorreiter und das institutionell vermittelte Politiklernen. Beim Politiklernen vom Vorreiter, beispielsweise bei der Imitation und Emulation der deutschen TA Luft durch die Schweiz,³³ handelt es sich um eine Kombination von auf der nationalen Ebene entwickeltem *best practice* und direktem Politiktransfer zwischen Vorreiter und Nachahmer. Dies ist die klassische Form des Politiklernens im Raum, bei dem vor allem von Nachbarstaaten oder aber von internationalen Vorreitern gelernt wird, etwa durch die Entsendung von Delegationen in andere Länder, die Modell-Lösungen entwickelt haben. Vor allem wenn schnell eine Lösung gefunden werden muß, beschränken sich die Akteure auf die Imitation und Emulation bereits erprobter oder zumindest in der Diskussion befindlicher Politikansätze. Prinzipiell sind in diesem Fall zwar weitergehende Formen des Politiklernens denkbar; aktive Suchstrategien nach alternativen Lösungsansätzen, die die Synthese unterschiedlicher Modelle oder die Entwicklung eines eigenen, völlig neuen Ansatzes erst ermöglichen, sind jedoch nicht nur mit hohen Transaktionskosten verbunden, sondern auch äußerst riskant und zeitaufwendig. Daher ist selbst beim direkten Politiktransfer zwischen Ländern mit einer Angleichung der Politikansätze zu rechnen. Durch die zunehmende Institutionalisierung des Politiktransfers – über die bloße Vernetzung einzelner Ländern hinaus – verändert sich das Politiklernen. Als ein Beispiel kann das Aufgreifen von Empfehlungen internationa-

30 So verweist Golub (1996: 17 f.) auf relevante Unterschiede in der nationalen Transposition europäischer Umweltschutzrichtlinien, wobei deren Umsetzung nicht selten lediglich formal erfolgt, eine effektive Implementation ihrer Inhalte jedoch ausbleibt.

31 Zum Politiklernen in Raum und Zeit siehe Rose (1991, 1993).

32 Vgl. Sabatier (1993); Sabatier und Jenkins-Smith (1993); Bennett und Howlett (1992); Hall (1989, 1993); Hecló (1974).

33 Zu dieser Fallstudie siehe auch Jaedicke, Kern und Wollmann (1993: 226).

ler Organisationen wie der OECD genannt werden. Diese internationalen Organisationen entwickeln in der Regel keine eigenen Lösungen, sondern sehen ihre Hauptaufgabe darin, die Rahmenbedingungen des Transfers innovativer Lösungen von Vorreiter- zu potentiellen Nachahmerländern zu verbessern.

4. Anwendungsfälle im internationalen Vergleich

Im folgenden sollen einige Beispielfälle dargestellt und unter dem Aspekt der Diffusionsdynamik interpretiert werden. Dabei wird im wesentlichen auf empirisches Material rekurriert, das sich nur auf die Industrieländer bezieht. Diese Einschränkung ergibt sich im wesentlichen aus der Unvollständigkeit wie auch Unzulänglichkeit der Daten aus der Gruppe der Entwicklungsländer. Vorliegende Untersuchungen wie auch eigene Untersuchungen legen allerdings den Schluß nahe, daß die Ergebnisse auch Verallgemeinerungen über die Industrieländer hinaus zulassen, wobei meist eine Zeitverzögerung zu beobachten ist.

4.1. Einrichtung nationaler Umweltbehörden

Nationale Umweltbehörden (zumeist Umweltministerien) existieren inzwischen in allen OECD-Ländern.³⁴ Die Ausdifferenzierung eigenständiger Umweltministerien oder – wie im Falle der Schweiz, Japans und der USA – die Schaffung mit exekutiven Kompetenzen ausgestatteter quasi-ministerieller Umweltämter war seit Ende der sechziger Jahre ein zentraler Faktor der Ausweitung nationaler umweltpolitischer Handlungskapazitäten (Jörgens 1996; Jänicke und Weidner 1997a). In den siebziger und achtziger Jahren haben nahezu alle Industrieländer separate Umweltministerien eingerichtet (Jörgens 1996).³⁵

Aus *Abbildung 1* ergibt sich ein Diffusionsmuster, das auf einen hohen Institutionalisierungsgrad des Politiktransfers schließen läßt. Vorreiter waren Schweden (1967) sowie Großbritannien und die USA (beide 1970). Schon 1971 setzte eine rasante Entwicklung ein, und in 9 weiteren Industrieländern wurden Umweltministerien oder –behörden eingerichtet.³⁶ Die meisten Länder entschieden sich für das britische Modell und gründeten ein Umweltministerium, beschränkten sich also nicht, wie die USA und Schweden, auf ein Umweltamt³⁷ (Jörgens 1996: 80). Bereits 3 Jahre später gab es in 21 Industrieländern, d.h. in zwei Dritteln der OECD-Länder sowie in 5 sozialistischen Ländern, ein Umweltministerium oder zumindest ein Umweltamt. Diese erste Diffusionswelle lief dann langsam aus, und ein deutlicher Anstieg zeigte sich erst wieder ab 1988.

34 Hier wurde die Einrichtung eines Umweltministerium bzw. einer nationalen Umweltbehörde zugrunde gelegt.

35 Als letztes OECD-Mitglied vollzog Spanien 1996 diesen Schritt.

36 Es handelte sich dabei um Japan, die DDR, Dänemark, die Niederlande, Frankreich, die Schweiz, Australien, Portugal und Kanada (Jänicke und Weidner 1997a: 316).

37 Auf Umweltämter beschränkten sich zunächst auch Japan und Deutschland. Während in Schweden und Deutschland später Umweltministerien eingerichtet wurden und dies in Japan geplant ist, sind Pläne die *U.S. Environmental Protection Agency*, die wohl größte Umweltbehörde der Welt, in ein Ministerium umzuwandeln, immer wieder gescheitert, zuletzt anfangs der neunziger Jahre (Kern 1999: 85).

Diese Entwicklung legt die Vermutung nahe, daß die erste Innovationswelle durch die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen im Juni 1972 in Stockholm stimuliert wurde, die schon einige Jahre vorher angekündigt wurde und der seit 1968 mehrere internationale Konferenzen vorausgingen (Jörgens 1996: 87). Zudem hatten mit den USA und Großbritannien bereits im Vorfeld der Stockholmer Konferenz zwei 'kritische Länder' zentrale Umweltbehörden eingerichtet und damit ein Modell geschaffen. Hätte sich nur Schweden zu diesem Schritt entschlossen, wäre der Diffusionsprozeß möglicherweise weniger schnell verlaufen. In den sozialistischen Ländern trugen zu dieser Entwicklung die seit 1971 verabschiedeten gemeinsamen Umweltprogramme der RGW-Staaten bei (Jörgens 1996: 92). Der Beginn der zweiten Innovationswelle ab 1988 fällt mit der Veröffentlichung des Brundtland-Reports zusammen, der die Grundlage für die Verbreitung des Leitbildes der Nachhaltigen Entwicklung darstellte und der zweiten großen Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro den Weg bereitete. Kapitel 8 der auf der Rio-Konferenz verabschiedeten Agenda 21 fordert die Unterzeichnerstaaten u.a. auf, nationale institutionelle Kapazitäten im Umweltschutz auszubauen.³⁸

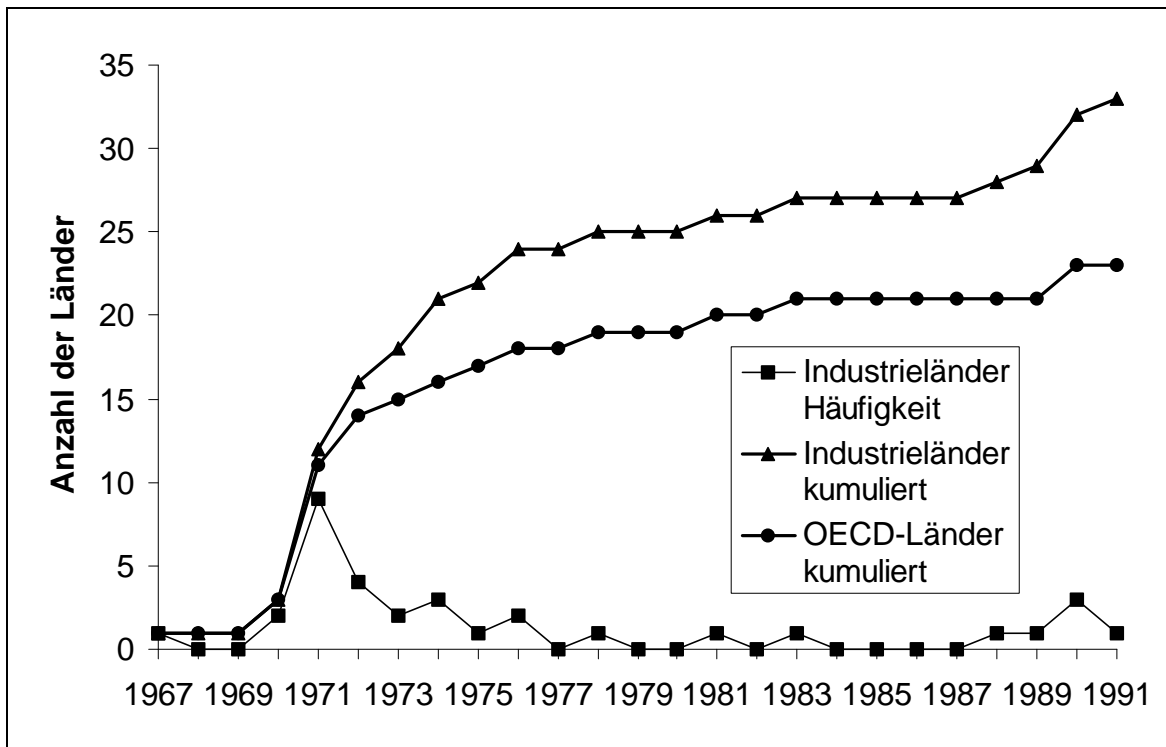
Dieses Fallbeispiel läßt erkennen, daß die internationale Institutionalisierung des Politiktransfers, d.h. die Förderung konkreter Entwicklungsmodelle durch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, weitreichende Auswirkungen auf den Diffusionsverlauf haben kann. Hinzu kommt, daß die Einrichtung von Umweltministerien und Umweltämtern an die allgemeinen Organisationsprinzipien arbeitsteilig organisierter Industriegesellschaften anknüpfen konnte. So führte das Aufkommen neuer Staatsaufgaben traditionell zur Schaffung zusätzlicher sektorspezifischer Ressorts und Fachbehörden, die dann für die Problembearbeitung in dem neuen Politikfeld zuständig waren. Eine solche additive Ausweitung des Staatsapparates setzt keine umfassende Umgestaltung des politisch-institutionellen Systems voraus und war daher auch im Bereich des Umweltschutzes relativ leicht zu vollziehen (Jörgens 1996: 79). Dabei zeigt der Fall Portugals, das bereits 1971 eine Umweltbehörde einrichtete, obwohl Umweltprobleme auf der nationalen politischen Agenda kaum eine Rolle spielten, daß die Übernahme umweltpolitischer Innovationen auch unabhängig von einem konkreten Problemdruck erfolgen können (Jörgens 1996: 85ff.). Auch in der „alten“ Bundesrepublik kann die Einrichtung umweltpolitischer Institutionen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre „weder durch den Druck der öffentlichen Meinung noch den einer akuten Krisensituation“ hinreichend erklärt werden (Müller 1989: 4). Vielmehr war er Ergebnis des Suchprozesses einer neuen reformorientierten Regierung nach innovativen politischen Themen. Vorbild für die

38 Zwar fordert die Agenda 21 entsprechend dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung dabei eine stärkere Integration umweltpolitischer Aspekte in die Entscheidungen anderer Politikfelder und eine Abkehr von der sektoralen Institutionalisierung der Umweltpolitik, jedoch führte die vorherrschend umweltpolitisch orientierte Interpretation dieses Leitbildes als „dauerhaft umweltgerechte“ oder „ökologisch nachhaltige Entwicklung“ (vgl. Jänicke u.a. 2000: 223f.) insbesondere in den Nachzüglerländern, die noch keine eigenständigen Umweltministerien oder Umweltämter eingerichtet hatten, zunächst zu einer Ausweitung dieser sektorspezifischen Institutionen.

Einrichtung des Umweltbundesamtes im Jahr 1974 war dabei die bereits 1970 geschaffene *Environmental Protection Agency* der USA (Uppenbrink 1974).³⁹

Abbildung 1

Diffusion nationaler Umweltbehörden



4.2. Einführung nationaler Umweltzeichen

Umweltzeichen gehören – neben nationalen Umweltplänen und der Einführung von Ökosteuern, auf die im Anschluß eingegangen wird – zur ‚zweiten Generation‘ umweltpolitischer Instrumente, die den in den siebziger Jahren vorherrschenden medialen Umweltschutz zunehmend ergänzen, teilweise sogar ersetzen. Der große Vorteil von Umweltzeichen, die direkt auf die Veränderung der Konsumgewohnheiten der Verbraucher abzielen (Stichwort ‚Nachhaltiger Konsum‘), besteht darin, daß diese die Konsumenten in die Lage versetzen, Umweltauswirkungen eines Produktes während seiner gesamten Lebenszeit ohne großen Zeitaufwand beurteilen zu können. „Environmental labeling programs can provide consumers with an immediately available, objective, and accurate evaluation of a product’s environmental impact.

39 Im Frühjahr 1973 besuchte eine Studiengruppe der Bundesregierung die US-amerikanischen Umweltbehörden. Im Vorwort des Berichtes dieser Studiengruppe heißt es: „Die Teilnehmer interessierte vor allem, welche Erfahrungen man mit der zentralen Umwelteinrichtung, der noch verhältnismäßig jungen *Environmental Protection Agency* (EPA) gemacht hatte. Das Motiv war, Anregungen für die Planung des Umweltbundesamtes zu erhalten, die in eine entscheidende Phase getreten war“ (Uppenbrink 1974: 7).

They also provide an incentive to manufacturers to meet the standards (...)“ (Sitarz 1998: 40). Die Einführung und Anwendung von Umweltzeichen, die auf freiwilliger Basis erfolgt, umfaßt einen zweistufigen Prozeß: Zunächst müssen Produktgruppen ausgewählt und Vergabekriterien festgelegt werden, die dann die Vergabe des Umweltzeichens für das Produkt eines Herstellers bestimmen. Diese Verfahren können sehr unterschiedlich ausgestaltet werden, die allgemeine Akzeptanz eines Umweltzeichensystems setzt jedoch die Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen (Industrie, Umwelt- und Verbraucherverbände etc.) am Verfahren voraus (vgl. Häßler, Mahlmann und Schoenheit 1998: 18). In vielen Ländern hat sowohl die Anzahl der Produktgruppen, für die Kriterien festgelegt wurden, als auch der anerkannten Produkte⁴⁰ in den letzten Jahren stark zugenommen.⁴¹

Umweltzeichen gibt es mittlerweile in fast allen OECD-Ländern, wobei beträchtliche nationale Unterschiede feststellbar sind (U.S. EPA 1998), z.B. im Hinblick auf die Institutionalisierung der Vergabe, die in den Aufgabenbereich von Umwelt- und Verbraucherbehörden, Normungsinstituten oder privaten Einrichtungen⁴² fällt. Zwar wurde das erste nationale Umweltzeichen bereits 1978 in Deutschland eingeführt, der 'Blaue Engel' blieb aber über viele Jahre hinweg auch das einzige Ökolabel. Erst 1988 ergriff dann Kanada die Initiative, und ein Jahr später wurde durch einen Beschluß des Nordischen Rates (Minister für das Referat Verbraucherfragen) das erste multinationale Umweltzeichensystem geschaffen. Zwischen 1989 und 1992 kam es zur rapiden Diffusion dieser Politikinnovation, die nahezu alle OECD-Länder sowie einige Entwicklungs- und Schwellenländer erfaßte (z.B. Indien, Taiwan und Südkorea). Ausschlaggebend für diese dynamische Entwicklung war vor allem die Einführung der ‚Europa-Blume‘ (1992), dem europäischen Pendant zum ‚Blauen Engel‘.

Ein Hauptgrund für die rapide Diffusion nationaler Umweltzeichen kann in den Charakteristika dieser Politikinnovation gesehen werden, da es sich in der Regel um produktbezogene Standards⁴³ handelt, die schneller diffundieren als produktionsbezogene Standards. Es ist bemerkenswert, daß sich diese weltweite Diffusion in der entscheidenden Phase zwischen 1988 und 1992 kaum auf internationale Organisationen stützen konnte,⁴⁴ sondern eher auf bilatera-

⁴⁰ Zur Entwicklung der Anzahl der Umweltzeichen-Produkte in Deutschland siehe Häßler, Mahlmann und Schoenheit (1998: 9).

⁴¹ Siehe hierzu auch die aktuelle Diskussion zur Zertifizierung in Bereichen, die von den allgemeinen Umweltzeichen bislang nicht erfaßt wurden (z.B. nachhaltige Forstwirtschaft, ökologische Landwirtschaft, Dienstleistungen).

⁴² Ein rein privates Umweltzeichen (‚Green Seal‘) wurde in den USA eingeführt.

⁴³ Viele Umweltzeichenprogramme, z.B. der ‚Blaue Engel‘, schließen Kriterien, die auf den Produktionsprozeß bezogen sind, explizit aus.

⁴⁴ Eine der wenigen Ausnahmen stellt die *International Chamber of Commerce* dar, die bereits 1990 einen Beschluß faßte, in dem festgestellt wurde, daß Ökolabels ein geeignetes Instrument für die nachhaltige Entwicklung darstellen.

len Beziehungen zwischen Ländern⁴⁵ beruhte. Erst in den letzten Jahren wurden Bemühungen internationaler Organisationen – wie des 1994 gegründeten ‚Global Ecolabeling Network‘ (GEN), der Internationalen Standardisierungsorganisation (ISO) oder der OECD (OECD 1997c) – sichtbar, die auf die internationale Harmonisierung der Ökolabels abzielen. Die große Variationsbreite, die die etablierten nationalen Umweltzeichensysteme heute aufweisen, kann vor allem dadurch erklärt werden, daß die Institutionalisierung des Politiktransfers auf der globalen Ebene erst erfolgte, als bereits mehrere konkurrierende Modelle existierten, die die Basis verschiedener Entwicklungspfade bildeten. Damit korrespondieren verschiedene Formen des Politiklernens, etwa die Imitation und Emulation des deutschen Modells durch Österreich, das einige Kriterienkataloge sogar direkt übernommen hat. Hingegen orientierten sich die Kanadier keineswegs ausschließlich am deutschen Modell,⁴⁶ und auch das französische Umweltzeichen weicht in vielen Bereichen vom ‚Blauen Engel‘ ab, z.B. liegt die Zuständigkeit anders als in Deutschland bei der nationalen Standardisierungsbehörde. Daß es sich bei vielen Umweltzeichensystemen um eine Synthese unterschiedlicher Ansätze handelt, zeigt das indische Umweltzeichen, bei dessen Entwicklung vor allem kanadische, aber auch deutsche und britische Experten eine entscheidende Rolle spielten (Landmann 1998: 98 f.).

Ausschlaggebend für die rapide Diffusion waren zweifellos Prozesse der regionalen Kooperation und Koordination. Dabei handelte es sich zum einen um die Einführung des ‚Weißen Schwans‘ 1989 in den skandinavischen Ländern, und zum anderen läßt sich die dynamische Entwicklung auf die Einführung der Europa-Blume 1992 zurückführen. Die beiden Jahre, in denen das skandinavische und das europäische Umweltzeichen eingeführt wurden, kann man als die ‚kritischen Jahre‘ dieser Politikinnovation bezeichnen. Die aktuelle Entwicklung gibt im Hinblick auf die Zukunftsperspektiven des europäischen Umweltzeichens zu Skepsis Anlaß. Vor allem in jenen Ländern, die sich bereits vor der Einführung der Europa-Blume für eine eigenes Umweltzeichen entschieden hatten, sind nicht bereit, den eingeschlagenen Weg einfach zu verlassen.⁴⁷ Durch die Entstehung voneinander abweichender nationaler Politikansätze wurde eine pfadabhängige Entwicklung (vgl. Pierson 1997) eingeleitet, aus der ein Nebeneinander unterschiedlicher Umweltzeichensysteme resultierte. Die sich daraus ergebende Eigendynamik behindert die Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union erheblich. Die ‚Europa-Blume‘ ist in vielen Mitgliedsstaaten kaum bekannt, die nationalen Labels gelten als glaubwürdiger, und das Anspruchsniveau der Vergabekriterien wird als zu niedrig angesehen (für Deutschland vgl. Häßler Mahlmann und Schoenheit 1998: 20).

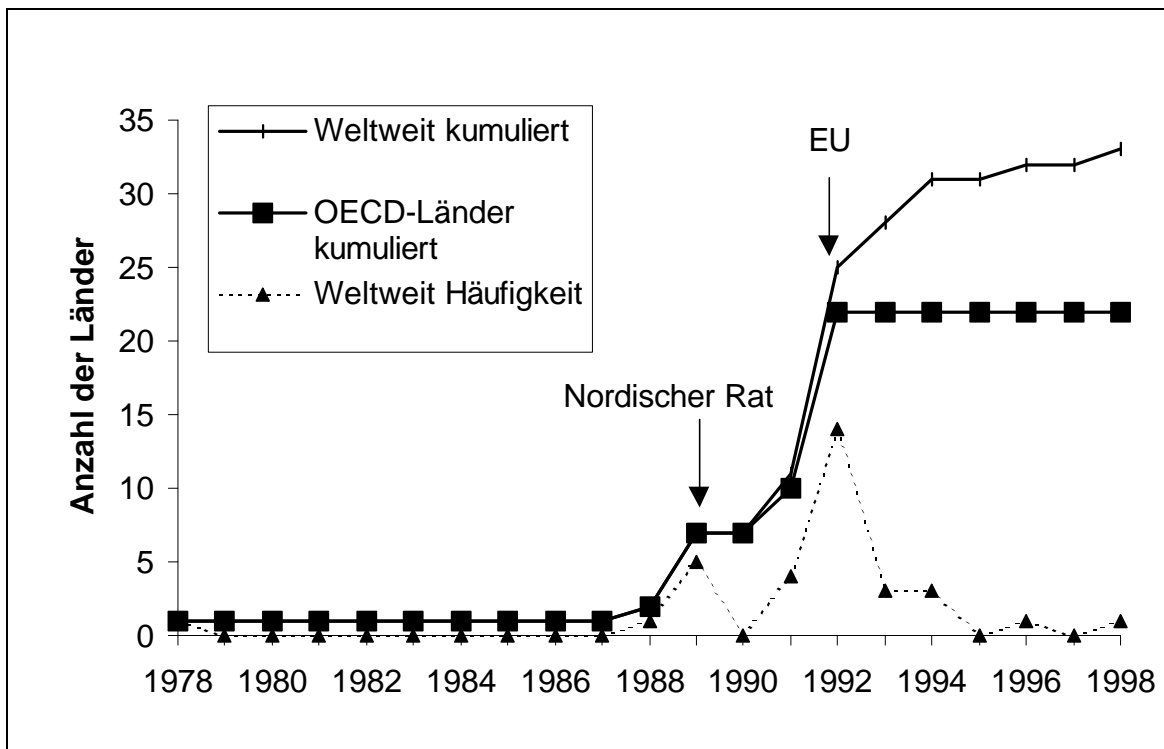
⁴⁵ Siehe hierzu etwa die Einführung eines Umweltzeichens in Österreich, wo man sich stark am deutschen Modell orientierte. Auch bei der Entwicklung des skandinavischen Umweltzeichens spielte der ‚Blaue Engel‘ eine Rolle (Landmann 1998: 97).

⁴⁶ Charakteristisch für das kanadische Umweltzeichen ist die Veröffentlichung der Kriterienkataloge (Landmann 1998: 105).

⁴⁷ Zu den Schwierigkeiten, die Äquivalenz der Vergabekriterien zu bestimmen, und den Problemen, die mit der gegenseitigen Anerkennung von Ökolabels verbunden sind, siehe Jacobsson und Jönsson (1998).

Abbildung 2

Diffusion nationaler Umweltzeichen



4.3. Einführung nationaler Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstrategien

Nationale Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstrategien sind mit breiter gesellschaftlicher Partizipation erstellte staatliche Handlungsentwürfe, die medien- und sektorübergreifend langfristige Ziele und Prioritäten einer wirtschafts- und sozialverträglichen Umweltpolitik festlegen. Ihre wichtigsten Merkmale sind:

- einvernehmliche Formulierung langfristiger Umweltziele (Konsens),
- Ableitung dieser Ziele vom Prinzip der Nachhaltigkeit,
- Einbeziehung wichtiger Politikfelder (Politikintegration),
- Beteiligung der Verursacher an der Problemlösung (Verursacherbezug),
- Beteiligung wichtiger, unterschiedlicher Interessen an der Ziel- und Willensbildung (Partizipation),
- Berichtspflichten über die Umsetzung der Ziele (Monitoring).

Nationale Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstrategien stellen einen der wichtigsten Versuche dar, das in der Agenda 21 festgeschriebene Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene umzusetzen (Meadowcroft 2000). Dabei geht es insbesondere um den Wandel von einer stark fragmentierten, auf einzelne Umweltmedien ausgerichteten und vorrangig in-

strumentell orientierten Umweltpolitik hin zu einem integrierten und an langfristigen Umweltzielen orientierten strategischen Ansatz (Jänicke und Jörgens 1998).

Der Ansatz der strategischen, zielorientierten Umweltplanung hat sich seit Ende der achtziger Jahre sehr schnell in Industrieländern, aber auch in Schwellen- und Entwicklungsländern ausgebreitet. Innerhalb eines Jahrzehnts seit der Verabschiedung der ersten nationalen Umweltpläne in Dänemark (1988) und den Niederlanden (1989) haben mehr als zwei Drittel der OECD-Länder und etwa 80 Prozent der Industrieländer (einschließlich der entwickelteren Länder Mittel- und Osteuropas) nationale Umweltpläne oder Nachhaltigkeitsstrategien beschlossen (Jänicke und Jörgens 1998). Darüber hinaus hat eine große Zahl von Schwellen- und Entwicklungsländern im selben Zeitraum nationale Umweltaktionspläne entwickelt.

Zwar weisen die Umweltpläne der verschiedenen Länder deutliche Unterschiede auf sowohl hinsichtlich der Relevanz und Konkretheit ihrer Ziele (Koll 1998; Jänicke u.a. 1997) als auch in Bezug auf thematische Schwerpunkte. Jedoch liegt allen Plänen das Modell einer zielorientierten, medienübergreifenden und – zumindest im Anspruch – partizipativen Umweltplanung zugrunde.

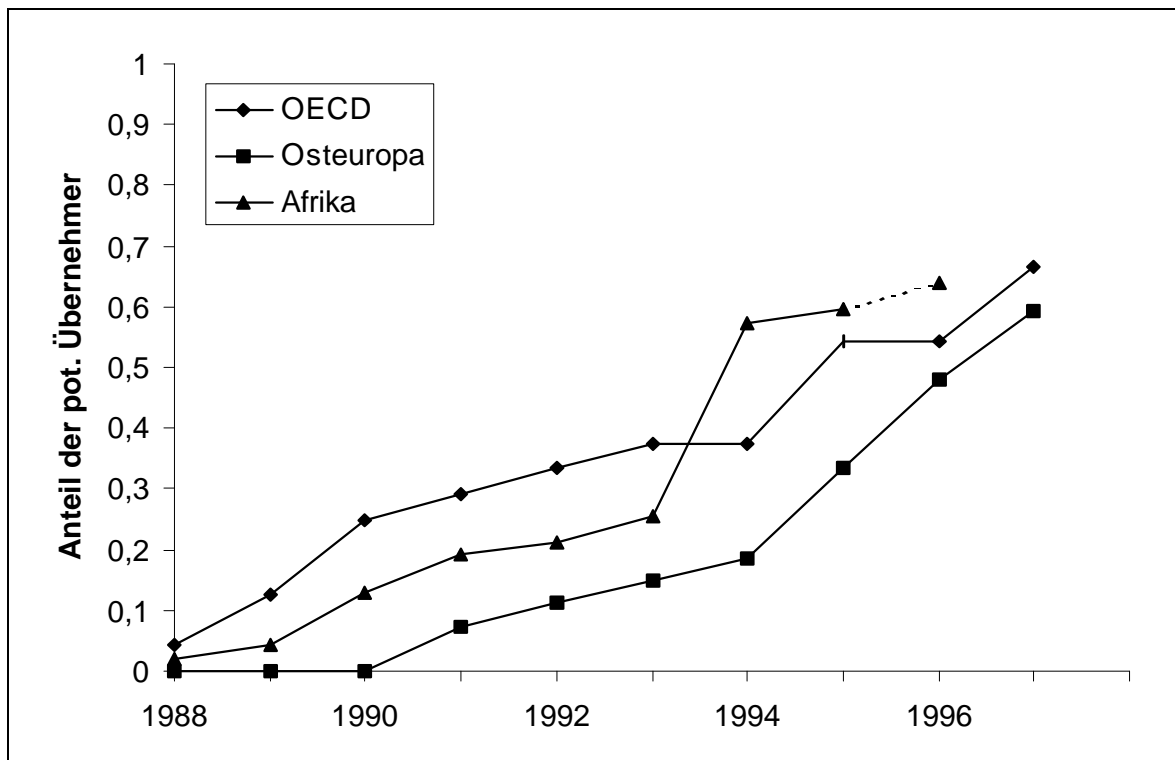
Eine Reihe von Faktoren haben die relativ schnelle weltweite Ausbreitung dieser Politikinnovation beeinflusst. Die wohl größte Bedeutung hatte die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro und der dort beschlossene Aktionsplan Agenda 21, der sämtliche Unterzeichnerstaaten aufforderte, eine "nationale Strategie nachhaltiger Entwicklung" zu formulieren. Auf der UN-Sondervollversammlung von 1997 in New York wurde dieser Beschluß bekräftigt und das Jahr 2002 als Frist für die Erstellung einer solchen Nachhaltigkeitsstrategie festgesetzt. Darüber hinaus waren aber auch eine Reihe regionaler Aktivitäten von Bedeutung für die internationale Diffusion der nationalen Umweltplanung. Für die Gruppe der Industrieländer hatte die Veröffentlichung des niederländischen Umweltpolitikplans von 1989 eine entscheidende Vorbildwirkung. Neben nationalen Planungsansätzen (Bsp. Österreich) wurde auch die Entwicklung des Fünften Umweltaktionsprogramms der Europäischen Union hiervon deutlich beeinflusst. Inzwischen legt auch die OECD in ihren Umweltprüfberichten (*Environmental Performance Reviews*) das Vorhandensein eines umfassenden Umweltplans ihren Bewertungen der nationalen Umweltpolitiken zugrunde. Schließlich hat der weltweit vertretene Umweltverband *Friends of the Earth* für die Niederlande (*Friends of the Earth Netherlands* 1992), die Europäische Union (*Friends of the Earth Europe* 1995) und auch für Deutschland (BUND/Misereor 1996) eigene Entwürfe einer Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt.

In den Staaten Mittel- und Osteuropas geht die Entwicklung von nationalen Umweltaktionsprogrammen auf die "Environment for Europe"-Ministerkonferenz in Luzern 1993 zurück. 16 von 24 mittel- und osteuropäischen Ländern haben inzwischen – begleitet von der OECD – ein solches Programm vorgelegt oder sind dabei, dies zu tun (OECD 1998f: 7). In afrikanischen und lateinamerikanischen Entwicklungs- und Schwellenländern hat insbesondere die Weltbank die Erstellung von Umweltaktionsplänen gefördert und forciert. Seit 1992 ist ein

solcher Plan Voraussetzung für die Vergabe von Entwicklungshilfekrediten (Schemmel 1998). Schließlich hat das *International Network of Green Planners* (INGP) als weltweites Diskussionsforum und Informationsbörse die Verbreitung strategischer Umweltplanung mitgeprägt.

Abbildung 3

Diffusion nationaler Umweltpläne in den OECD-Ländern, in Osteuropa und in Afrika



OECD ohne osteuropäische Mitgliedsstaaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik), Mexiko und die Türkei.

Osteuropa einschließlich aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Afrika ohne Nordafrika (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Sudan).

Insgesamt läßt sich feststellen, daß der Ansatz der strategischen Umweltplanung den nationalen Behörden einen weiten Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum ließ. Während nur in wenigen Ländern weitreichende umweltpolitische Ziele (Niederlande und Schweden) oder Änderungen der administrativen Organisation der Umweltpolitik (Neuseeland) beschlossen wurden, konnten in der großen Mehrheit der Fälle solche Pläne ohne einschneidende Konsequenzen für die bisherige Umweltpolitik aufgestellt werden (Jänicke und Jörgens 1998). Die Erstellung nationaler Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstrategien vollzog sich somit weitgehend additiv. Die schnelle internationale Diffusion dieses Ansatzes wurde einerseits von einigen weit beachteten Modellen (niederländischer Umweltpolitikplan, Fünftes Umweltaktionsprogramm der EU) getragen, andererseits wurde er von einer Reihe internationaler Organisationen (Vereinte Nationen, OECD, Weltbank) mit Nachdruck vorangetrieben. Dabei wurde

insbesondere im Fall der Kopplung an die Vergabe von Entwicklungshilfekrediten durch die Weltbank auch deutlicher Druck ausgeübt.

Die enge Verknüpfung der Erstellung nationaler Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstrategien mit dem seit Ende der achtziger Jahre aufgekommenen internationalen Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und die Betonung dieses Leitbildes durch eine Reihe weltweit, d.h. über die enge Gruppe der Industrieländer hinaus agierender internationaler Organisationen hat dazu geführt, daß sich diese Politikinnovation in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern mit nahezu gleicher Geschwindigkeit ausgebreitet hat (vgl. *Abbildung 3*).

4.4. Einführung von CO₂-/Energisteuern

Ökologische Steuern als Instrument der Umweltpolitik spielen seit Anfang der siebziger Jahre in der internationalen Fachdiskussion eine wichtige Rolle (Baumol und Oates 1989; Hohmeyer, 1995). Während sich frühere Vorschläge auf die Einführung einzelner Abgaben in ausgewählten Problembereichen konzentrierten, wird seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend eine umfassende ökologische Steuerreform diskutiert (Koschel und Weinreich 1995: 10). Trotz einer generell positiven Einschätzung des Steuerungspotentials in der wissenschaftlichen Literatur, spielten Umweltsteuern in der tatsächlichen Umweltpolitik bis in die achtziger Jahre hinein aber nur eine untergeordnete Rolle.

Erst mit der internationalen Klimaschutzdebatte, in deren Folge Nationalstaaten zunehmend unter Druck geraten, ihre CO₂ Emissionen deutlich zu senken, gewannen Umweltsteuern auch in der umweltpolitischen Praxis an Bedeutung. Das gilt speziell für CO₂- und Energisteuern. Seit 1990 sind insgesamt zehn europäische Staaten dem niederländischen und dem skandinavischen Beispiel gefolgt (Jänicke u.a. 1998: 7-10).⁴⁸ Anfang 1999 hat Deutschland eine solche Steuer eingeführt. Frankreich hat inzwischen eine nationale Energisteuer fest angekündigt, und auch in der Schweiz ist der Diskussionsprozeß weit fortgeschritten.

Die im Schaubild dargestellte Diffusion von CO₂-/Energie-Steuern ist in vielerlei Hinsicht interessant. Zum einen ist bemerkenswert, daß trotz entsprechender Forderungen, die bereits seit Ende der siebziger Jahre vielfach erhoben wurden, umfassende, über die Besteuerung von Mineralöl hinausgehende Energisteuern erst ab 1990 eingeführt worden sind. Diese Diskrepanz von Anspruch und Realität ist für den gesamten Bereich marktwirtschaftlicher Instrumente des Umweltschutzes beobachtet worden (Jänicke und Weidner 1997b, 1997c; Zittel 1996). Die Einführung effektiver ökonomischer Instrumente scheitert regelmäßig, wenn mächtige, gut organisierte Wirtschaftsbranchen die potentiellen Verlierer einer solchen Strategie sind. Dies ist gerade in den zentralen Anwendungsfeldern von Umweltsteuern, den Bereichen Energie und Verkehr, der Fall (Mez 1998). Darüber hinaus zeigt die Policy-Analyse, daß

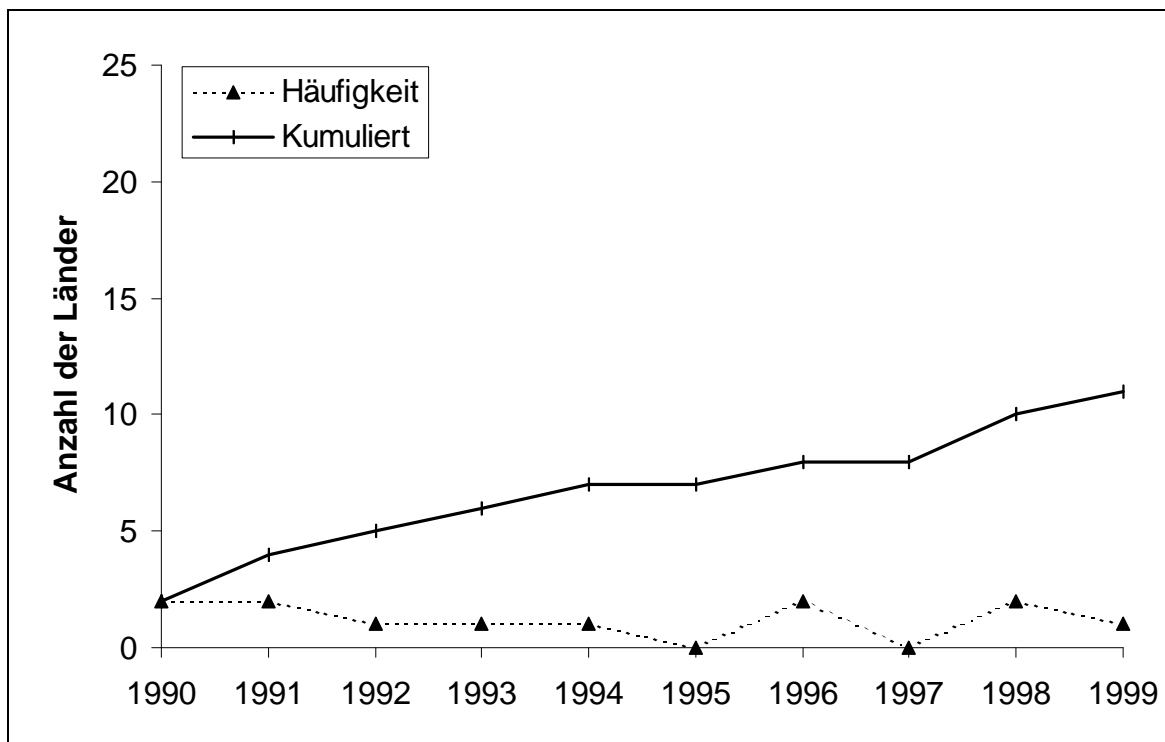
48 Die skandinavischen Länder führten diese Politikinnovation – koordiniert durch den Nordischen Rat – nahezu gleichzeitig ein.

politische Programme, die auf eine Umverteilung von Kosten setzen (*redistributive policy*, Lowi 1972) auf die größten Restriktionen treffen.

Beachtenswert ist auch, daß – nach einer kollektiven Vorreiterpolitik der nordischen Länder – bisher ausschließlich europäische Länder den Einstieg in eine CO₂-/Energiebesteuerung begonnen haben. Mit Ausnahme Polens handelt es sich dabei um die reicheren Staaten Nord- und Westeuropas. Bisher zeigt die Diffusionskurve dabei eine moderate Diffusion vorwiegend in der Gruppe kleinerer und innovativer Vorreiterländer. Angesichts des Einstiegs in die ökologische Steuerreform in Deutschland und den entsprechenden Plänen in Frankreich läßt sich jedoch die Hypothese aufstellen, daß damit innerhalb Europas, möglicherweise auch auf globaler Ebene, die kritische Masse für eine beschleunigte Ausbreitung erreicht sein wird.⁴⁹

Abbildung 4

Einführung von CO₂-/Energiesteuern in OECD-Ländern



49 Auf EU-Ebene wird eine Harmonisierung der Ökologischen Steuerreform allerdings bisher durch das in allen Steuerfragen geltende Einstimmigkeitsprinzip erschwert (vgl. z.B. Nill, 1999: 13).

4.5. Einführung von Bodenschutzgesetzen

Während die Umweltbereiche Wasser und Luft seit Ende der sechziger Jahre in einer großen Zahl von Industrieländern durch spezifische nationale Gesetze geregelt wurden, existieren bis heute nur in wenigen Ländern eigenständige Bodenschutzgesetze.⁵⁰ Zentrale Aspekte nationaler Bodenschutzgesetze sind dabei die Regelung direkter Schadstoffeinträge, etwa von Pestiziden und Düngemitteln durch die Landwirtschaft, die Vermeidung von Erosion, die Sanierung kontaminierter Böden (Altlastensanierung) und teilweise die wirtschaftliche Nutzung von Flächen (etwa als Bauland).

Obwohl das erste Bodenschutzgesetz bereits 1967 (Neuseeland) verabschiedet wurde und die 'Bodenhygiene' wie etwa in Deutschland eine lange wissenschaftliche Tradition hat, blieb eine nennenswerte Diffusion bis Ende der neunziger Jahre aus.⁵¹ Erkennbar sind lediglich zwei kurze Schubphasen Ende der achtziger Jahre und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Die Diffusionskurve der Bodenschutzgesetze unterscheidet sich hinsichtlich der Ausbreitungsgeschwindigkeit dieser regulativen Innovation grundlegend von den 'Erfolgsfällen' nationaler Umweltministerien und Umweltbehörden oder nationaler Umweltpläne, aber auch von der langsameren Ausbreitung nationaler CO₂-/Energiesteuern. Dies mag u.a. daran liegen, daß kein frühes Modellgesetz existierte, an dem man sich hätte orientieren können, und sich daher deutliche Unterschiede zwischen den Politikansätzen zeigen. Der Diffusionsverlauf zeigt, daß internationale Diffusionsinstitutionen in diesem Problembereich offenbar keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Ein institutionalisierter Politiktransfer – etwa über die OECD – kann zu keinem Zeitpunkt festgestellt werden. Allerdings erklärt das Fehlen institutioneller Diffusionsmechanismen auf der zwischenstaatlichen Ebene noch nicht den außergewöhnlich langsamen Diffusionsverlauf in den letzten drei Jahrzehnten. Die Hauptursache für das Ausbleiben einer schnellen Verbreitung von Bodenschutzgesetzen dürfte in der Struktur des zugrundeliegenden Umweltproblems liegen.

Das Politikum 'Bodenschutz' weist eine Reihe problemstruktureller Besonderheiten auf: eine geringe Sichtbarkeit der Problemlage verbunden mit einer hohen Komplexität der Verursacherstruktur, eine geringe Anzahl akut Betroffener und deren schwache Koalitions- und Strategiefähigkeit, unzulängliche und stark fragmentierte staatliche Zuständigkeiten (die Regelungskompetenz für landwirtschaftliche Bodeneinträge liegt in keinem Industrieland beim

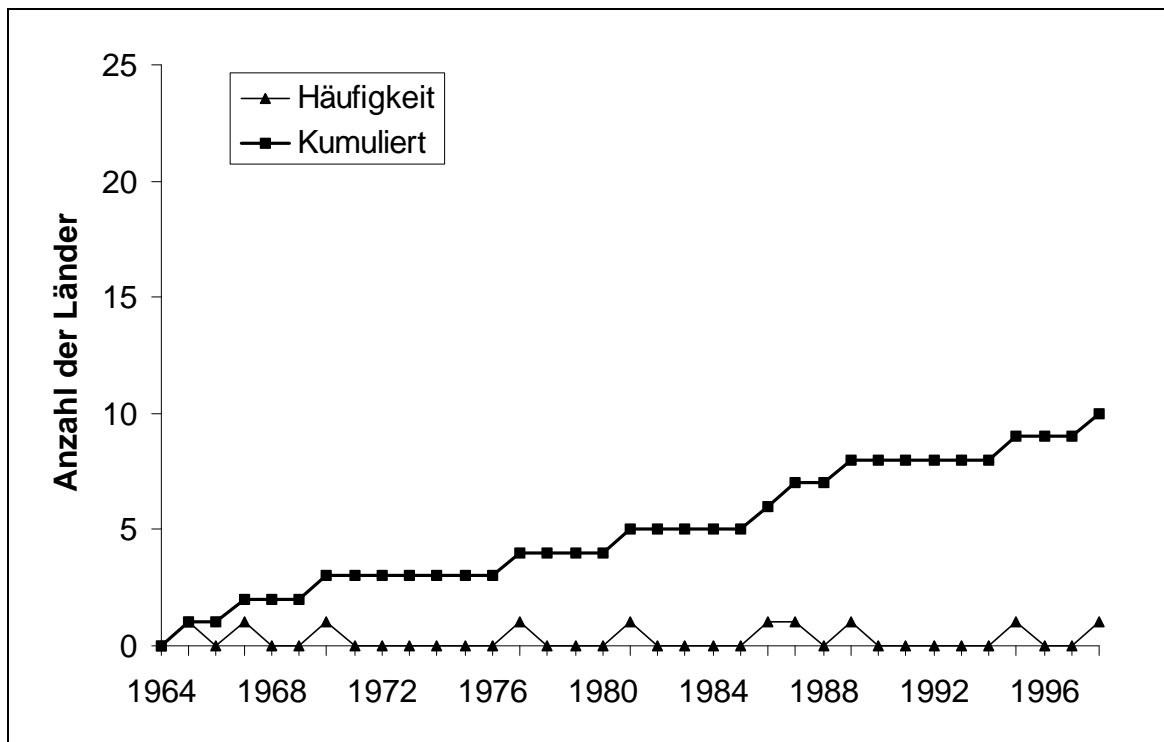
50 Weale (1992: 15-16) hat bereits in einer knappen Darstellung der Entwicklung eigenständiger Umweltschutzgesetze in Europa und den USA auf diese typische zeitliche Abfolge hingewiesen, ohne sie jedoch umfassend erklären zu können: "The substantive policy responses themselves also show a certain pattern. Legislative innovation begins with the topics of air and surface water pollution (...) where in some cases it was possible to build on existing policies and structures of pollution control. Then control of toxic chemicals emerges on the legislative agenda (...) followed by control of waste disposal facilities (...). However, it is worth underlining how extensive is the selective perception embedded in these policy developments. One way of highlighting this is to note how some important topics have come only very late on the agenda of pollution politics. One of these is soil pollution".

51 Siehe hierzu auch die frühe Debatte in den USA; Carson (1962).

Umweltministerium), eine hohe Verflechtung politisch und wirtschaftlich bedeutsamer Verursacher (z.B. durch die Universalität privater wie staatlicher Bauinteressen oder einen starken agro-industriellen Komplex) und schließlich das weitgehende Fehlen technischer Standardlösungen, die zumindest teilweise Interessenkonflikte in Win-win-Lösungen auflösen und potentielle Gewinner umweltpolitischer Regulierungen ins Spiel bringen könnten.

Abbildung 5

Einführung von Bodenschutzgesetzen in OECD-Ländern



5. Schlußfolgerungen

Da nicht alle regulativen Innovationen gleichermaßen auf eine schnelle internationale Verbreitung zählen können, ist zu fragen, welche Determinanten für die internationale Diffusion regulativer Neuerungen in der Umweltpolitik ausschlaggebend sind. Entscheidend für die Diffusion umweltpolitischer Innovationen sind zunächst einmal die nationalen umweltpolitischen Handlungskapazitäten sowie die Pfadabhängigkeit der nationalen Umweltpolitik, die der Übernahme umweltpolitischer Neuerungen Grenzen setzen kann. Diese internen Faktoren sind für Politikentscheidungen auf der nationalen Ebene von herausragender Bedeutung und sind auch ausschlaggebend dafür, welche Länder zur Gruppe der Vorreiter bzw. der Nachzügler zählen. Nicht erklären können sie rapide Diffusionsprozesse, die von externen Faktoren determiniert werden, sowie eigendynamische Prozesse der globalen Politikarena. Sieht man von den internen Einflüssen einmal ab, sind für die Diffusion umweltpolitischer Innovationen fol-

gende Faktoren relevant:

Nachfrage nach Problemlösungen

Die politische Nachfrage nach Problemlösungen in einem Lande verbessert die Übernahmebedingungen. Der hohe allgemeine Nachfragedruck nach Problemlösungen dürfte das hohe Ausbreitungstempo von umweltpolitischen Neuerungen insgesamt erklären. Dabei kann die Nachfrage nach Problemlösungen durch steigenden Problemdruck hervorgerufen werden, etwa wenn aufgrund von konkreten Umweltskandalen aber auch aufgrund von internationalen Verpflichtungen (Bsp. Klimarahmenkonvention) bestimmte Umweltprobleme einen prominenten Platz auf der nationalen politischen Agenda einnehmen. Letzteres spielte etwa bei der Diffusion von CO₂-/Energiesteuern eine zentrale Rolle. Auf der anderen Seite kann die Nachfrage nach neuen umweltpolitischen Ansätzen aber auch relativ unabhängig von konkreten Problemlagen erfolgen. Staatliche und gesellschaftliche Akteure können dann ihre Strategien bzw. Forderungen an dem ausrichten, was in Vorreiterländern bereits praktiziert wird. Bei der nicht explizit problembezogenen Übernahme von Politikinnovationen dominieren insbesondere solche Ansätze, die ohne größere rechtliche oder institutionelle Änderungen erfolgen können. Beispiele hierfür sind die Konzentration staatlicher Umweltschutzaufgaben in neu geschaffenen Umweltministerien und Umweltämtern, die Einführung nationaler Umweltzeichen oder die Aufstellung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien. In einigen Fällen hat die formale Übernahme von in anderen Ländern bereits praktizierten umweltpolitischen Ansätzen zunächst vor allem symbolischen Charakter, z.B. bei der Einrichtung von schwachen, mit geringen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestatteten Umweltbehörden oder bei der Formulierung von vagen oder wenig weitreichenden Umweltzielen in nationalen Nachhaltigkeitsstrategien.

Problemstruktur

Neben der Nachfrage nach Problemlösungen ist die spezifische Problemstruktur von großer Bedeutung für die Chancen der Diffusion umweltpolitischer Neuerungen (Jänicke und Weidner 1997a). Spezifische ökologische Problemlagen können die Diffusion umweltpolitischer Innovationen fördern oder auch hemmen. Vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, daß Probleme vom Typus der 'schleichenden Degeneration' (Jänicke und Jörgens 1998), die durch eine geringe Wahrnehmbarkeit und Politisierbarkeit gekennzeichnet sind, in Industrieländern bisher nur unzureichend bearbeitet werden konnten. Solche Probleme, wie etwa der steigende Ressourcen- und Flächenverbrauch, die Verseuchung von Böden oder die Grundwasserkontamination, sind häufig zugleich durch eine starke gesellschaftliche Bedeutung der Verursacher und fehlende technische Standardlösungen gekennzeichnet. In diesen Bereichen ist eine rapide Diffusion umweltpolitischer Lösungsansätze daher eher unwahrscheinlich. Die Bedeutung der Problemstruktur für die Diffusion ist folgenreich, denn sie impliziert, daß zunächst nur die vergleichsweise einfach zu lösenden Probleme, die auf eine starke gesellschaftliche Mobilisierung zählen können und für die bereits erprobte technische Lösungen existieren, zu globalen Regelungsmustern führen. Dies war insbesondere der Fall in der Wasser- und

Luftreinhaltung. Das Beispiel des Bodenschutzes hingegen zeigt, daß eine geringe Wahrnehmbarkeit von Umweltproblemen und das Fehlen problemadäquater Technologien die Diffusion regulativer Initiativen in diesen Bereichen erschweren kann.

Charakteristika des Politikansatzes und Typus der Umweltstandards

Weiterhin hängt die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer schnellen Verbreitung von Politikinnovationen kommt, von den Charakteristika des Politikansatzes ab. Spezifische Eigenschaften der Politikinnovation können deren Diffusion fördern, aber auch hemmen. Politiken, bei denen es klare Verlierer gibt, insbesondere redistributive Politiken, sind – sofern es sich um organisations- und mobilisierungsfähige Interessen handelt – im nationalen Rahmen häufig stark umstritten und nur schwer und mit großen zeitlichen Verzögerungen durch- und umsetzbar (vgl. Lowi 1972). Mit Konflikten ist daher auch bei der Diffusion solcher Politiken zu rechnen, etwa bei der Einführung einer ökologischen Steuerreform, die im allgemeinen mit Umverteilungsmaßnahmen verbunden sind und daher auf Widerstände stoßen. Weiterhin spielt es eine Rolle, ob es sich bei den neuartigen Politikinhaltungen um produkt- oder prozeßbezogene Standards handelt. Im Hinblick auf produktbezogene Regulationen herrscht die Auffassung vor, daß Pilotmärkte mit hohem Schutzniveau die internationale Entwicklung stärker bestimmen als Märkte mit anspruchloser Regulation. Dies läßt auf eine rasche Ausbreitung umweltpolitischer Produktstandards schließen (Vogel 1995, vgl. die schnelle internationale Ausbreitung von Umweltzeichen für umweltfreundliche Produkte). Die globale Harmonisierung von Prozeßstandards wird dagegen als schwieriger angesehen, Angleichungstendenzen werden aber ebenfalls konstatiert (Hettige u.a. 1996).

Kritische Masse und Eigendynamik der Politikdiffusion

Die internationale Politikkonvergenz kann auch mit der Eigendynamik der globalen Politikarena erklärt werden, die einer eigenen Logik jenseits der internen Handlungsbedingungen einzelner Nationalstaaten folgt und die Staaten zur Konformität ihres Handelns zwingt. Das Gruppenverhalten ändert sich dabei erst dann, wenn die Inhaber strategisch wichtiger Positionen ihr Verhalten geändert haben. Auch in der EU werden – erkennbar an der Ausbreitung der Energie/ CO₂-Steuer – Politikinnovationen kleinerer Länder oft erst dann ‘verhaltensbestimmend’, wenn sich ihnen dominierende Länder wie Deutschland oder Frankreich anschließen. Dabei läßt sich eine kritische Masse aus Nationalstaaten bzw. kritischen Ländern bestimmen, mit deren Erreichen umweltpolitische Diffusionsprozesse eine faktisch nicht mehr umkehrbare Dynamik entfalten. Globales ‘Gruppenverhalten’ setzt eine globale Politikarena und entsprechende Kommunikationsnetzwerke voraus. Es ist mithin erst auf einer bestimmten Stufe politischer Globalisierung möglich, da die globale Politikarena erst das ‘Publikum’ für nationales Pionierverhalten schafft (Stichwort: *benchmarking*).

Transnationale Netzwerke und Institutionalisierung des Politiktransfers

Schließlich ist bei der Verbreitung umweltpolitischer Politikansätze im internationalen System die internationale Vernetzung der nationalen umweltpolitischen Akteure und die Existenz bzw. Nichtexistenz von internationalen Organisationen entscheidend. Die globale Ausbreitung von umweltpolitischen Einrichtungen, die sich seit den siebziger Jahren vollzogen hat, führte zunächst einmal zu einer zunehmenden horizontalen Vernetzung nationaler Umweltministerien und -behörden. Auf den ausdifferenzierten Fachebenen sind dabei transnationale Netzwerke zwischen spezialisierten Abteilungen entstanden, die eine wichtige Bedingung des direkten Politiktransfers zwischen Ländern darstellen. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, daß die ökonomische wie die politische Globalisierung zur Institutionenbildung auf der internationalen Ebene und damit zu einer stärkeren Institutionalisierung des Politiktransfers beiträgt. Bei diesen Institutionen kann es sich um internationale Organisationen handeln, die – wie die OECD – primär der Selbstkoordination der Länder in der globalen Politikarena dienen. Eine ganz ähnliche Funktion können aber auch internationale Umweltorganisationen oder Expertennetzwerke wie das Global Ecolabeling Network für die Einführung nationaler Umweltzeichen oder das International Network of Green Planners für die Entwicklung nationaler Umweltpläne oder Nachhaltigkeitsstrategien übernehmen. Während bilaterale und horizontale Kommunikationsnetzwerke zwischen (benachbarten) Ländern nur direkten Politiktransfer zulassen, sind multilaterale Beziehungen zwischen Ländern und vertikale Beziehungen zwischen den Diffusionsinstitutionen und den Nationalstaaten für den institutionalisierten Politiktransfer charakteristisch. Die zunehmende Institutionalisierung des Politiktransfers hat Auswirkungen auf den Diffusionsverlauf. Durch die Institutionalisierung des Politiktransfers wird die Konvergenz von Politiken gefördert, weil das Politiklernen in eine bestimmte Richtung gelenkt wird, die die Imitation und Emulation von Politikansätzen begünstigt.

Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, daß das Tempo, mit dem sich umweltpolitische Neuerungen international durchsetzen, insbesondere davon abhängig ist, ob eine starke Nachfrage nach geeigneten Problemlösungen bzw. den in Vorreiterländern praktizierten umweltpolitischen Ansätzen besteht, die Problemstruktur die Politisierung des Themas erleichtert, die Charakteristika des Politikansatzes – vor allem die geringe Konfliktrichtigkeit der Lösung – den Politiktransfer begünstigen, wichtige Länder zu den Vorreitern oder frühen Nachahmern gehören, die nationalen umweltpolitischen Handlungskapazitäten und die bisherige politisch-institutionelle Entwicklung im Umweltschutz als restriktive Bedingungen des nationalen Politikwandels wirken und schließlich ob sich transnationale Netzwerke herausbilden und eine Institutionalisierung des Politiktransfers erfolgt.

6. Literatur

- Alber, Jens 1981: Government Responses to the Challenge of Unemployment: The Development of Unemployment Insurance in Western Europe, in: Peter Flora und Arnold J. Heidenheimer (Hrsg.), *The Development of Welfare States in Europe and America*, New Brunswick (NJ): Transaction Books and the HIWED Project, S. 151-183.
- Andersen, Mikael Skou und Duncan Liefferink (Hrsg.) 1997: *European Environmental Policy. The Pioneers*, Manchester und New York: Manchester University Press.
- Annaheim, Jörg 1992: *Die Gliedstaaten im amerikanischen Bundesstaat. Institutionen und Prozesse gliedstaatlicher Interessenwahrung in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin: Duncker und Humblot.
- Baumgartner, Frank R. und Bryan D. Jones 1993: *Agenda and Instability in American Politics*, Chicago (IL) und London: University of Chicago Press.
- Baumol, William J. und Wallace E. Oates 1989: *The Theory of Environmental Policy*, 2. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press.
- Bennett, Colin 1988: Different Processes, One Result: The Convergence of Data Protection Policy in Europe and the United States, *Governance* 1: 162-183.
- Bennett, Colin J. 1991: What is Policy Convergence and What Causes It? *British Journal of Political Science* 21: 215-233.
- Bennett, Colin J. 1997: Understanding Ripple Effects: The Cross-National Adoption of Policy Instruments for Bureaucratic Accountability, *Governance* 10: 213-233.
- Bennett, Colin J. und Michael Howlett 1992: The Lessons of Learning: Reconciling Theories of Policy Learning and Policy Change, *Policy Sciences* 25: 275-294.
- Benz, Arthur 1991: *Mehr-Ebenen-Verflechtung: Politische Prozesse in verbundenen Entscheidungsarenen*, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIFG Discussion Paper 91/1, Köln.
- Benz, Arthur 1995a: Verhandlungssysteme und Mehrebenen-Verflechtung im kooperativen Staat, in: Wolfgang Seibel und Arthur Benz (Hrsg.), *Regierungssystem und Verwaltungspolitik. Beiträge zu Ehren von Thomas Ellwein*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 83-102.
- Benz, Arthur 1995b: Institutional Change in Intergovernmental Relations: The Dynamics of Multi-Level Structures, *European Yearbook of Comparative Government and Public Administration* 1: 551-576.
- Benz, Arthur 1998: Politikverflechtung ohne Politikverflechtungsfälle – Koordination und Strukturpolitik im europäischen Mehrebenensystem, *Politische Vierteljahresschrift* 39: 558-589.
- Berry, Frances Stokes und William D. Berry 1990: State Lottery Adoptions as Policy Innovations: An Event History Analysis, *American Political Science Review* 84: 395-415.
- Berry, Frances Stokes und William D. Berry 1992: Tax Innovation by American States: Capitalizing on Political Opportunity, *American Journal of Political Science* 36: 715-742.
- Beuermann, Christiane und Bernhard Burdick 1997: The Sustainability Transition in Germany: Some Early Stage Experiences, in: Tim O’Riordan und Heather Voisey (Hrsg.), *Sustainable Development in Western Europe. Coming to Terms with Agenda 21*, London: Frank Cass, 83-107.
- Beyle, Thad L. 1996: Being Governor, in: Carl E. Van Horn (Hrsg.), *The State of the States*, 3. Aufl., Washington D.C.: CQ Press, S. 77-107.
- Biermann, Frank 1994: *Internationale Meeresumweltpolitik: Auf dem Weg zu einem Umweltregime für die Ozeane?* Frankfurt a.M.
- Bühns, Ton 1997: *New Zealand’s Environmental Performance: Getting a Green Card?* Paper presented at the New Zealand Political Studies Association Conference, University of Waikato, Hamilton, 6.-8. Juni.

- BUND und Misereor 1996: *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*, Basel u.a.: Birkhäuser.
- Carson, Rachel 1962: *Silent Spring*, Boston (MA): Houghton Mifflin.
- Coleman, James S., Elihu Katz und Herbert Menzel 1966: *Medical Innovation*, New York: Bobbs-Merrill: Katz.
- Collier, David und Richard E. Messick 1975: Prerequisites versus Diffusion: Testing Alternative Explanations of Social Security Adoption, *American Political Science Review* 69: 1299-1315.
- Comolet, Arnaud 1990: How OECD Countries Respond to State-of-the-Environment Reports, *International Environmental Affairs* 4: 3-17.
- Costain, W. Douglas und James P. Lester 1995: The Evolution of Environmentalism, in: James P. Lester (Hrsg.), *Environmental Politics and Policy. Theories and Evidence*, 2. Aufl., Durham und London: Duke University Press, S. 15-38.
- Demmke, Christoph 1999: Bremser oder Vorreiter? Deutsche Umweltverwaltung und Europäische Umweltpolitik, *Die Verwaltung* 32, 1: 43-71.
- Dolowitz, David und David Marsh 1996: Who Learns What From Whom: A Review of the Policy Transfer Literature, *Political Studies* 44: 343-357.
- European Commission 1997: *Statements on Sustainable Development. The General Consultative Forum on the Environment 1993-1996*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Frank, David John 1997: Science, Nature, and the Globalization of the Environment, 1870-1990, *Social Forces* 76: 409-437.
- Friends of the Earth Europe 1995: *Towards Sustainable Europe*. Brüssel: FOE.
- Friends of the Earth Netherlands (Milieudefensie) 1992: *Action Plan Sustainable Netherlands*. Amsterdam: Milieudefensie.
- Gehring, Thomas 1994: *Dynamic International Regimes. Institutions for International Environmental Governance*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Gitelman, Zvi Y. 1972: *The Diffusion of Political Innovation and Its Consequences: From Eastern Europe to the Soviet Union*, Beverly Hills und London: Sage.
- Glasbergen, Pieter (Hrsg.) 1998: *Co-operative Environmental Governance. Public-Private Agreements as a Policy Strategy*, Dordrecht, Boston und London: Kluwer.
- Glick, Henry A. und Scott P. Hays 1991: Innovation and Reinvention in State Policymaking: Theory and the Evolution of Living Will Laws, *Journal of Politics* 53: 835-850.
- Golub, Jonathan 1996: *Why Did They Sign? Explaining EC Environmental Policy Bargaining*, EUI Working Paper RSC Nr. 96/52, Florenz: European University Institute.
- Gona, Deborah A. 1994: The Council of State Governments, in: *Council of State Governments, The Book of the States 30 (1994-95)*, Lexington (KY): Council of State Governments, S. 622-626.
- Granovetter, Mark 1978: Threshold Models of Collective Behavior, *American Journal of Sociology* 83: 1420-1443.
- Grattet, Ryken und Valerie Jenness 1998: The Homogenization and Differentiation of Hate Crime Law in the United States, 1978 to 1995: Innovation and Diffusion in the Criminalization of Bigotry, *American Sociological Review* 63: 286-307.
- Gray, Virginia 1973: Innovation in the States: A Diffusion Study, *American Political Science Review* 67: 1174-1185.
- Gray, Virginia 1994: Competition, Emulation, and Policy Innovation, in: Lawrence C. Dodd und Calvin Jillson (Hrsg.), *New Perspectives on American Politics*, Washington D.C.: CQ Press, S. 230-248.

- Haas, Peter M., Robert O. Keohane und Marc A. Levy (Hrsg.) 1993: *Institutions for the Earth: Sources of Effective International Environmental Protection*. Cambridge: MIT Press.
- Hall, Peter A. 1989: *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism Across Nations*, Princeton: Princeton University Press.
- Hall, Peter A. 1993: Policy Paradigms, Social Learning and the State: The Case of Economic Policy-making in Britain, *Comparative Politics* 25: 275-296.
- Häßler, Rolf-D., Imke Mahlmann und Ingo Schoenheit 1998: *Erfolgskontrolle Umweltzeichen/Assessing the Success of the German Eco-label*, Berlin: Umweltbundesamt.
- Hays, Scott P. 1996: Influences on Reinvention During the Diffusion of Innovations, *Political Research Quarterly* 49: 631-650.
- Heclo, Hugh 1974: *Modern Social Politics in Britain and Sweden: From Relief to Income Maintenance*. New Haven: Yale University Press.
- Héritier, Adrienne, Christoph Knill, Susanne Mingers und Martina Becka 1994: *Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa*, Opladen: Leske + Budrich.
- Hettige, Memala, Mainul Huq, Sheoli Pargal und David Wheeler 1996: Determinants of Pollution Abatement in Developing Countries: Evidence from South and Southeast Asia, in: *World Development*, 24, 12: 132-163.
- Hoberg, George 1991: Sleeping with an Elephant: The American Influence on Canadian Environmental Regulation, *Journal of Public Policy* 11: 107-132.
- Hohmeyer, Olav (Hrsg.) 1995: *Ökologische Steuerreform*, Baden-Baden: Nomos.
- Ingram, Verina 1999: From Sparring Partners to Bedfellows: Joint Approaches to Environmental Policy-Making, *European Environment* 9, 2: 41-48.
- Jacobsson, Nicholas und Karin Jönsson 1998: *Feasibility Study of Equivalence of Eco-labelling Criteria*, Lund: International Institute for Industrial Environmental Economics at Lunds University.
- Jaedicke, Wolfgang, Kristine Kern und Hellmut Wollmann (unter Mitarbeit von Renate Pörksen) 1993: *Internationaler Vergleich von Verfahren zur Festlegung von Umweltstandards*, Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Jänicke, Martin (Hrsg.) 1996: *Umweltpolitik der Industrieländer. Entwicklung – Bilanz – Erfolgsbedingungen*, Berlin: edition sigma.
- Jänicke, Martin 1998: Umweltpolitik: Global am Ende oder am Ende global?, in: Ulrich Beck (Hrsg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 332-344.
- Jänicke, Martin, Alexander Carius und Helge Jörgens 1997: *Nationale Umweltpläne in ausgewählten Industrieländern*, Berlin u.a.: Springer.
- Jänicke, Martin und Helge Jörgens 1998: National Environmental Policy Planning in OECD Countries: Preliminary Lessons from Cross-National Comparisons, *Environmental Politics* 7(2): 27-54.
- Jänicke, Martin, Helge Jörgens und Claudia Koll 2000: Elemente einer deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Einige Schlußfolgerungen aus dem internationalen Vergleich, in: Martin Jänicke und Helge Jörgens (Hrsg.), *Umweltplanung im internationalen Vergleich. Strategien der Nachhaltigkeit*, Berlin u.a.: Springer, S. 221-230 (erscheint im Januar 2000).
- Jänicke, Martin, Lutz Mez, Andreas Wanke und Manfred Binder 1998: *Ökologische und wirtschaftliche Aspekte einer Energiebesteuerung im internationalen Vergleich. Gutachten für Greenpeace Deutschland*, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-report 98 - 2).
- Jänicke, Martin und Helmut Weidner (unter Mitarbeit von Helge Jörgens) (Hrsg.) 1997a: *National Environmental Policies: A Comparative Study of Capacity-Building*, Berlin u.a.: Springer.

- Jänicke, Martin und Helmut Weidner 1997b: Summary: Global Environmental Policy Learning, in: Martin Jänicke und Helmut Weidner (Hrsg.), *National Environmental Policies: A Comparative Study of Capacity-Building*, Berlin u.a.: Springer, S. 299-313.
- Jänicke, Martin und Helmut Weidner 1997c: Zum aktuellen Stand der Umweltpolitik im internationalen Vergleich – Tendenzen zu einer globalen Konvergenz, *Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/97*: 15-24.
- Jürgens, Helge 1996: Die Institutionalisierung von Umweltpolitik im internationalen Vergleich, in: Martin Jänicke (Hrsg.), *Umweltpolitik der Industrieländer. Entwicklung - Bilanz – Erfolgsbedingungen*, Berlin: edition sigma, S. 59-111.
- Keck, Margret E. und Kathryn Sicking 1999: Transnational Advocacy Networks in International and Regional Politics, *International Social Science Journal* 159: 89-101.
- Kern, Kristine 1997: Politikkonvergenz durch Politikdiffusion – Überlegungen zu einer vernachlässigten Dimension der vergleichenden Politikanalyse, in: Lutz Mez und Helmut Weidner (Hrsg.), *Umweltpolitik und Staatsversagen. Perspektiven und Grenzen der Umweltpolitikanalyse*, Festschrift für Martin Jänicke zum 60. Geburtstag, Berlin: edition sigma, S. 270-279.
- Kern, Kristine 1998: Horizontale und vertikale Politikdiffusion in Mehrebenensystemen, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-report 98-6).
- Kern, Kristine 1999: Die Diffusion von Politikinnovationen. Umweltpolitische Innovationen im Mehrebenensystem der USA, Opladen: Leske + Budrich.
- Kern, Kristine und Stefan Bratzel (unter Mitarbeit von Alexander Carius) 1994: Erfolgskriterien und Erfolgsbedingungen von (Umwelt-)Politik im internationalen Vergleich: Eine Literaturstudie, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-report 94-3).
- Kern, Kristine und Stefan Bratzel 1996: Umweltpolitischer Erfolg im internationalen Vergleich, *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 19: 277-312.
- Klein, Ethel 1987: The Diffusion of Consciousness in the United States and Western Europe, in: Mary Fainsod Katzenstein und Carol McClurg Mueller (Hrsg.), *The Women's Movements of the United States and Western Europe. Consciousness, Political Opportunity, and Public Policy*, Philadelphia: Temple University Press, S. 23-43.
- Knill, Christoph 1997: Implementing European Policies: the Impact of National Administrative Traditions, *EUI Working Paper RSC Nr. 97/56*, Florenz: European University Institute.
- Knill, Christoph und Andrea Lenschow 1997: Coping with Europe: The Impact of British and German Administrations on the Implementation of EU Environmental Policy, *EUI Working Paper RSC Nr. 97/57*, Florenz: European University Institute.
- Koll, Claudia 1998: Zielstrukturen von Umweltplänen ausgewählter OECD-Länder. Diplomarbeit am Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1996: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über Umweltvereinbarungen, Brüssel: KOM(96) 561 endg.
- König, Thomas, Elmar Rieger und Hermann Schmitt (Hrsg.) 1996: Das Europäische Mehrebenensystem. Konzeptionen und Perspektiven, *Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung*, Bd. 1, Frankfurt a.M. und New York: Campus.
- Koschel, Henrike und Sigurd Weinreich 1995: Ökologische Steuerreform auf dem Prüfstand - Ist die Zeit reif zum Handeln?, in: Olav Hohmeyer (Hrsg.), *Ökologische Steuerreform*, Baden-Baden: Nomos, S. 9-38.
- Kriesi, Hanspeter, Ruud Koopmans, Jan Willem Duyvendak und Marco G. Guini 1995: *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*, Minneapolis: University of Minnesota Press.

- Kuhnle, Stein 1981: The Growth of Social Insurance Programs in Scandinavia: Outside Influences and Internal Forces, in: Peter Flora und Arnold J. Heidenheimer (Hrsg.), *The Development of Welfare States in Europe and America*, New Brunswick (NJ): Transaction Books and the HIWED Project, S. 125-150.
- Lake, David A. und Donald Rothchild (Hrsg.) 1998: *The International Spread of Ethnic Conflict. Fear, Diffusion, and Escalation*, Princeton (NJ): Princeton University Press.
- Landmann, Ute 1998: *Nationale Umweltzeichen im Zuge der Globalisierung von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. Analyse und Perspektiven von Umweltzeichenprogrammen mit ergänzender Untersuchung von ethischen Warenzeichen*, Dissertation, eingereicht beim Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.
- Landy, Marc und Loren Cass 1997: U.S. Environmental Regulation in a More Competitive World, in: Pietro S. Nivola (Hrsg.), *Comparative Disadvantages?, Social Regulations and the Global Economy*, Washington D.C.: Brookings, S. 203-241.
- Leichter, Howard 1983: The Patterns and Origins of Policy Diffusion. The Case of the Commonwealth, *Comparative Politics* 15: 223-233.
- Liefferink, Duncan und Mikael Skou Andersen (Hrsg.) 1997: *The Innovation of EU Environmental Policy*, Oslo und Copenhagen: Scandinavian University Press.
- Liefferink, Duncan und Mikael Skou Andersen 1998: Strategies of the 'Green' Member States in EU Environmental Policy-Making, *Journal of European Public Policy* 5: 254-270.
- Lowi, Theodore J. 1972: Four Systems of Policy, Politics, and Choice, in: *Public Administration Review* 32: 298-310.
- Lutz, James M. 1986: The Spatial and Temporal Diffusion of Selected Licensing Laws in the United States, *Political Geography Quarterly* 5: 141-159.
- Lutz, James M. 1987: Regional Leadership Patterns in the Diffusion of Public Policies, *American Politics Quarterly* 15: 387-398.
- Lutz, James M. 1989: Emulation and Policy Adoption in the Canadian Provinces, *Canadian Journal of Political Science* 22: 147-154.
- Lutz, James M. 1997: Regional Leaders in the Diffusion of Tort Innovations Among the American States, *Publius* 27: 39-58.
- Mahajan, Vijay, Eitan Muller und Frank Bass 1991: New Product Diffusion Models in Marketing: A Review and Directions for Research, in: Nebojsa Nakicenovic und Arnulf Grübler (Hrsg.), *Diffusion of Technologies and Social Behavior*, Berlin u.a.: Springer, S. 125-177.
- March, James G. 1997: Administrative Practice, Organization Theory, and Political Philosophy. Ruminations on *Reflections of John M. Gaus*, *Political Science & Politics* 30: 689-698.
- Marks, Gary, Lisbet Hooghe und Kermit Blank 1995: European Integration from the 1980s. State-Centric v. Multi-Level Governance, *Journal of Common Market Studies* 34: 369-378.
- McAdam, Doug und Dieter Rucht 1993: The Cross-National Diffusion of Movement Ideas, *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 528: 56-74.
- Meadowcroft, James 2000: Nationale Pläne und Strategien zur Nachhaltigen Entwicklung in Industrienationen, in: Martin Jänicke und Helge Jörgens (Hrsg.), *Umweltplanung im internationalen Vergleich. Strategien der Nachhaltigkeit*, Berlin u.a.: Springer, S. 113-129 (erscheint im Januar 2000).
- Menzel, Donald C. und Irwin Feller 1977: Leadership and Interaction Patterns in the Diffusion of Innovation Among the American States, *Western Political Quarterly* 30: 528-536.
- Mez, Lutz 1998: Die Verflechtung von Umwelt- und Energiepolitik in Deutschland, in: Gotthard Breit (Hrsg.), *Neue Wege in der Umweltpolitik*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag: 24-39.

- Mintrom, Michael 1997a: The State-Local Nexus in Policy Innovation Diffusion: The Case of School Choice, *Publius* 27: 41-59.
- Mintrom, Michael 1997b: Policy Entrepreneurs and the Diffusion of Innovation, *American Journal of Political Science* 41: 738-770.
- Mintrom, Michael und Sandra Vergari 1998: Policy Networks and Innovation Diffusion: The Case of State Education Reforms, *Journal of Politics* 60: 126-148.
- Möller, Liane 1999: Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik in den Reformländern Mittel- und Osteuropas. Die Beispiele Polen und Tschechien, Marburg: Metropolis-Verlag.
- Müller, Edda 1989: Sozial-liberale Umweltpolitik. Von der Karriere eines neuen Politikbereichs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47-48/49: 3-15.
- Nil, Jan 1999: Stichwort: Europäische Harmonisierung, in: *Ökologisches Wirtschaften* 4/1999: 13.
- Oberthür, Sebastian 1997: Umweltschutz durch internationale Regime. Interessen, Verhandlungsprozesse, Wirkungen, Opladen: Leske + Budrich.
- OECD 1995a: Environmental Taxes in OECD Countries, Paris: OECD.
- OECD 1995b: Planning for Sustainable Development. Country Experiences, Paris: OECD.
- OECD 1997a: Environmental Taxes and Green Tax Reform, Paris: OECD.
- OECD 1997b: Evaluating Economic Instruments for Environmental Policy, Paris: OECD.
- OECD 1997c: Ecolabelling: Actual Effects of Selected Programmes, Paris: OECD.
- OECD 1997d: Globalisation and the Environment: Preliminary Perspectives, Paris: OECD.
- OECD 1997e: Economic Globalisation and the Environment, Paris: OECD.
- OECD 1998a: Eco-Efficiency, Paris: OECD.
- OECD 1998b: Towards Sustainable Consumption Patterns, Paris: OECD.
- OECD 1998c: Globalisation and the Environment. Perspectives from OECD and Dynamic Non-Member Economies.
- OECD (1998d): Waste Minimisation Profiles of OECD Member Countries, Paris: OECD.
- OECD (1998e): Extended and Shared Producer Responsibility. Phase 2. Framework Report, Paris: OECD.
- OECD (1998f): Evaluation of Progress in Developing and Implementing National Environmental Action Programmes (NEAPs) in Central and Eastern Europe and the New Independent States. Final Report, Paris: OECD.
- Ott, Hermann 1998: Umweltregime im Völkerrecht. Eine Untersuchung zu neuen Formen internationaler institutionalisierter Kooperation am Beispiel der Verträge zum Schutz der Ozonschicht und zur Kontrolle grenzüberschreitender Abfallverbringungen, Baden-Baden: Nomos.
- Peters, Guy 1997: Policy Transfer Between Governments: The Case of Administrative Reforms, *West European Politics* 20: 71-88.
- Pierson, Paul 1997: Increasing Returns, Path Dependence and the Study of Politics, European University Institute, Robert Schuman Centre, Jean Monnet Chair Papers 44, Badia Fiesolana, San Domenico (FI).
- Pix, Manfred und Hans Pohl (Hrsg.) 1992: Invention – Innovation – Diffusion. Die Entwicklung des Spar- und Sparkassengedankens in Europa, Zweites Europäisches Kolloquium für Sparkassengeschichte am 28./29. Mai 1990 in München, Stuttgart: Franz Steiner.
- Poel, Dale H. 1976: The Diffusion of Legislation Among the Canadian Provinces: A Statistical Analysis, *Canadian Journal of Political Science* 9: 605-626.
- Porter, Michael und Claas van der Linde 1995: Green and Competitive: Ending the Stalemate, in: *Harvard Business Review*, September-October 1995, 120-134.

- von Prittwitz, Volker 1993: Katastrophenparadox und Handlungskapazität. Theoretische Orientierungen der Politikanalyse, in: Adrienne Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, PVS-Sonderheft 24, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 328-355.
- von Prittwitz, Volker (unter Mitarbeit von Kai Wegrich, Stefan Bratzel und Sebastian Oberthür) 1994: *Politikanalyse*, Opladen: Leske + Budrich.
- Pryor, Frederick 1968: *Public Expenditure in Capitalist and Communist Nations*, Homewood (IL): Irwin.
- Rehbinder, Eckard, Armin Sandhövel und Hubert Wiggering 1999: The Role of European Environmental Advisory Councils in the Different EU Member States, in: *Environmental Politics*, 8, 2: 165-172.
- Robertson, David B. und Jerold L. Waltman 1992: *The Politics of Policy Borrowing*, APSA Annual Meeting, Chicago (IL).
- Rogers, Everett M. 1995: *Diffusion of Innovations*, 4. Aufl., New York: Free Press.
- Rose, Richard 1991: What is Lesson-Drawing?, *Journal of Public Policy* 11: 3-30.
- Rose, Richard 1993: *Lesson-Drawing in Public Policy. A Guide to Learning Across Time and Space*, Chatham (NJ): Chatham House.
- Ryan, Bryce und Neal C. Gross 1943: The Diffusion of Hybrid Seed Corn in Two Iowa Communities, *Rural Sociology* 8: 15-24.
- Sabatier, Paul A. 1993: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasenheuristik, in: Adrienne Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, PVS-Sonderheft 24, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 116-148.
- Sabatier, Paul A. und Hank C. Jenkins-Smith (Hrsg.) 1993: *Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach*, Boulder (CO): Westview.
- Savage, Robert L. 1978: Policy Innovativeness as a Trait of American States, *Journal of Politics* 40: 212-224.
- Savage, Robert L. 1985: When a Policy's Time Has Come: Cases of Rapid Diffusion 1983-84, *Publius* 15: 111-125.
- Scharpf, Fritz W. 1993: Autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich: Zur Logik der europäischen Mehrebenenpolitik, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIFG Discussion Paper 93/9, Köln.
- Scharpf, Fritz W. 1994: Mehrebenenpolitik im vollendeten Binnenmarkt, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIFG Discussion Paper 94/4, Köln.
- Scharpf, Fritz W. 1996: Mehrebenenpolitik im vollendeten Binnenmarkt, in: Thomas Ellwein, Dieter Grimm, Joachim Jens Hesse und Gunnar Folke Schuppert (Hrsg.), *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* 8, Baden-Baden: Nomos, S. 351-377.
- Scharpf, Fritz W. 1998: Die Problemlösungsfähigkeit der Mehrebenenpolitik in Europa, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 29*, Opladen: Westdeutscher Verlag: 121-144.
- Schemmel, Jan Peter 1998: *National Environmental Action Plans in Africa*, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU-report 98-8).
- Senti, Martin 1998: Der Einfluß internationaler Organisationen auf nationale Sozialausgaben: Das Beispiel der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1960-1989, *Politische Vierteljahresschrift* 39: 527-557.
- Sitarz, Daniel (Hrsg.) 1998: *Sustainable America. America's Environment, Economy and Society in the 21st Century*, Carbondale (IL): Earthpress.
- Soule, Sarah A. und Yvonne Zylan 1997: Runaway Train? The Diffusion of State-Level in ADC/AFDC Eligibility Requirements, 1950-1967, *American Journal of Sociology* 103: 733-762.
- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) 1998: *Umweltgutachten 1998. Umweltschutz: Erreichtes sichern – neue Wege gehen*, Stuttgart: Metzler-Poeschel.

- Starr, Harvey 1991: Democratic Dominos. Diffusion Approaches to the Spread of Democracy in the International System, *Journal of Conflict Resolution* 35: 356-381.
- Taira, Koji und Peter Kilby 1969: Differences in Social Security Development in Selected Countries, *International Social Security Review* 22: 139-153.
- Uppenbrink, Martin 1974: Organisation der Umweltplanung in den USA. Beiträge zur Umweltgestaltung Heft A 25, Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- U.S. Environmental Protection Agency 1998: Environmental Labeling. Issues, Policies, and Practices Worldwide, Washington D.C.
- Valente, Thomas W. 1995: *Network Models of the Diffusion of Innovations*, Cresskill (NJ): Hampton Press.
- Vogel, David 1995: *Trading Up. Consumer and Environmental Regulation in a Global Economy*, Cambridge (MA) und London: Harvard University Press.
- Vogel, David 1997a: Trouble for Us and Trouble for Them: Social Regulations as Trade Barriers, in: Pietro S. Nivola (Hrsg.), *Comparative Disadvantages?, Social Regulations and the Global Economy*, Washington D.C.: Brookings, S. 98-145.
- Vogel, David 1997b: Trading Up and Governing Across: Transnational Governance and Environmental Protection, *Journal of European Public Policy* 4: 556-571.
- Walker, Jack L. 1969: The Diffusion of Innovations Among the American States, *American Political Science Review* 63: 880-899.
- Walker, Jack L. 1983: The Origins and Maintenance of Interest Groups in America, *American Political Science Review* 77: 390-406.
- Wallace, David 1995: *Environmental Policy and Industrial Innovation. Strategies in Europe, the US and Japan*, London: Earthscan.
- Wapner, Paul 1995: Politics Beyond the State. Environmental Activism and World Civic Politics, *World Politics* 47: 311-340.
- Weale, Albert 1992: *The New Politics of Pollution*, Manchester und New York: Manchester University Press.
- Weltbank 1997: *Five Years after Rio. Innovations in Environmental Policy. Environmentally Sustainable Development Studies and Monographs Series No. 18*. Washington, D.C.: Weltbank.
- Wilenski, Harold L., Gregory M. Luebbert, Susan Reed Hahn und Adrienne M. Jamieson 1985: *Comparative Social Policy. Theories, Methods, Findings*, Berkeley: University of California, Institute of International Studies.
- Wolman, Harold 1992: Understanding Cross-National Policy Transfers: The Case of Britain and the United States, *Governance* 5: 27-45.
- Young, Oran R. (Hrsg.) 1997: *Global Governance. Drawing Insights from the Environmental Experience*, Cambridge (MA) und London: MIT Press.
- Zittel, Thomas 1996: *Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik. Zur Auswahl politischer Lösungsstrategien in der Bundesrepublik*, Opladen: Leske + Budrich.
- Zürn, Michael 1998a: *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zürn, Michael 1998b: *Gesellschaftliche Denationalisierung und Regieren in der OECD-Welt*, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Regieren in entgrenzten Räumen, PVS-Sonderheft 29*, Opladen: Westdeutscher Verlag.